

@evolution

Nr.18 Aug./Sept. 2003

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

Euro 3,50
sFr 3,-

Die gesetzliche Krankenversicherung –
eine Kostenexplosion!

Zur gegenwärtigen Misere in der deutschen Krankenversicherung

Bedeutung, Entwicklung, Umlauf, Haftung –
Internationale Vergleiche

Rund ums Bargeld

Die Erde reicht den Menschen nicht mehr: Der Mond gehört mir!

- Mit dem Mond oder der Venus kann man nicht handeln 11
- Wir leben auf der Erde nur zur Miete 13
- Weniger Freizeit für mehr Wachstum 14
- Zwang zum Wachstum als Folge unserer Einkommensverteilung 17



Wem gehört die Erde?

Bis vor kurzem lautete die spontane Antwort auf diese Frage: "allen Menschen!" Inzwischen nicht mehr so anthropozentrisch hören wir: "allen Lebewesen!" Ganz gleich, wie sie lautet: jedes Kind, das auf der Erde geboren wird, braucht seinen Platz zum Leben und Überleben und das, was die Natur dazu

bietet. Natürlich, wer die Erde kultiviert oder bebaut, darf ein Stück davon "besitzen", aber das sollte nicht automatisch uneinge-

schränkte Eigentumsrechte bedeuten.

In der Alltagssprache wird ja kaum mehr zwischen Besitz und Eigentum unterschieden. Jedoch im bürgerlichen Recht bedeutet "Eigentum" die umfassende rechtliche Herrschaft über Sachen im Gegensatz zum Besitz als der tatsächlichen Sachherrschaft. Die ursprüngliche, individualistische Eigentumsauffassung ist z. B. vom modernen deutschen Verfassungsrecht eingeschränkt worden, wonach "Eigentum verpflichtet" und "sein Gebrauch ... zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll" (Artikel 14, Abs. 2 GG.) Besitzen oder nutzen einzelne Menschen oder Gruppen ein Stück Land, sollte immer die Sozialgebundenheit im Vordergrund stehen. So wie die Luft und bis jetzt das

Wasser und der Weltraum der Allgemeinheit gehören, so sollte es auch mit dem Erdboden und den Bodenschätzen sein. Wir schlagen eine Bodenreform vor, die Anreiz schafft, Grund und Boden zu nutzen, anstatt ihn für die Erzielung von arbeitslosem Einkommen zu horten und damit zu spekulieren.

In dem Heft fragen wir: "Wem gehört der Mond?" Noch gibt es keine Verkehrsverbindung zum Mond und wer sollte da Interesse an Grundstücken auf dem Mond haben?? Ganz einfach, es gibt bereits clevere Geschäftemacher, die behaupten, der Weltraum biete besonders lukrative Anlagemöglichkeiten. Lesen Sie dazu die Story ab Seite 6.

Alles, was hohe Gewinne verspricht und halbwegs legal erworben werden kann, wird zur Zeit zu Privateigentum gemacht. Angeblich sei das gut für die Wirtschaft. Tier-, Pflanzen- und Menschenwelt sind dabei egal. Bodenschätze, Acker- oder Bauland, überall auf der Welt, selbst im Regenwald oder in arktischen Regionen: die Welt wird verkauft, bis das Wirtschaftswachstum auf dieser Erde an seine Grenzen stößt. Wir fragen daher ergänzend: Wie kann unsere Wirtschaft vom Wachstumszwang befreit werden und trotzdem prosperieren?

Insgesamt bieten wir Ernst und Unterhaltung.

Ihre Wera Wendnagel



2

Inhalt

Kostenexplosion

- 3 Zur gegenwärtigen Misere in der deutschen Krankenversicherung

Falsche Besitzansprüche

- 6 Der Mond gehört mir !
11 Mit dem Mond oder der Venus kann man nicht handeln
13 Das Gleichnis vom lecken Schiff
14 Weniger Freizeit für mehr Wachstum
17 Zwang zum Wachstum als Folge unserer Einkommensverteilung

Das INWO Sommerfest

- 19 Das INWO-Sommerfest war vor allem ein Geburtstagsfest

Der Handel braucht Bargeld

- 20 Rund ums Bargeld - 1. Teil

Ein schlüssiges Konzept

- 35 Überall fehlt das Geld!
– Hilft der "Sieg-Taler" aus der Krise?

Sozialforen

- 40 Geldsysteme verändern – die Option der Regionalisierung

Aus den Regionalgruppen

- 24 INWO International
25 INWO Österreich
26 INWO Deutschland
28 INWO Schweiz

Rubriken

- 22 INWO-ABC
38 Buchbesprechungen
36 Leserbrief
41 Agenda

Bilder für Titelmontage: NASA

Die "r-evolution" ist ein Gemeinschaftsprojekt der drei Mitgliedsorganisationen der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die INWO setzt sich für ein gerechtes Geldsystem ohne Zinsdruck, Inflation, Deflation und Schuldenkrise ein. Für ein Bodenrecht, das allen einen Anteil an

der Nutzung sichert und Spekulationsgewinne einiger Weniger verhindert. Vereine und Gruppen mit vergleichbarer Zielsetzung sind eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die "r-evolution" ersetzt das traditionsreiche Schweizer Blatt "evolution" sowie den deutschen "INWO-Rundbrief" als Mitgliederzeitschriften. Ein

"evolutionärer", sprich allmählicher, friedlicher Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems fängt mit einer "Revolution" im Herzen und im Geiste der Menschen an – mit einer bewussten Entscheidung für eine gerechtere, freiheitlichere und nachhaltigere Zukunft aktiv zu werden.

Zur gegenwärtigen Misere in der deutschen Krankenversicherung

Ununterbrochen hören wir die Meldungen von Budgetüberschreitungen, anstehenden Beitragserhöhungen, unbezahlbaren Leistungen, ausuferndem Anspruchsdenken der Versicherten; es gibt den Ruf nach mehr Eigenleistung, aber auch Skandale in der Abrechnung medizinischer Leistungen werden bekannt. Gibt es da nur Kosteneinsparung als möglichen Denkansatz?

Als "leidender Mensch", also Patientin, wie wir alle mehr oder weniger von der Misere Betroffene will ich dazu Überlegungen äußern. Und als Mitglied der INWO habe ich eine klare Vorstellung von grundlegenden notwendigen gesellschaftlichen Reformen. In diesem Beitrag will ich aber vor allem

zu den Vorschlägen

Stellung nehmen, die gegenwärtig die öffentliche Diskussion bestimmen. Dazu zunächst eine "Materialsammlung":

Wer sind eigentlich die Beteiligten und was für Interessen haben sie?

1.) Zunächst sind da die Versicherten, die (potenziellen) PatientInnen. Sie wollen zu allererst gesund bleiben oder zumindest nicht kränker werden. Offenbar sind die Arbeitsweisen und Lebensweisen diesem Ziel nicht immer zuträglich, dies wird aber selten zum Thema! Wenn aber jemand doch krank wird, ist für sie oder ihn oberstes Ziel die möglichst rasche, schonende, dauerhafte Beseitigung des gestörten Zustandes! Dies "dauerhaft" bildet aber einen Widerspruch zu den Interessen anderer Gruppen, die noch aufgezählt werden! Weiterhin soll der finanzielle Aufwand für die Versicherten "im Rahmen" bleiben: sie wollen nicht eine möglichst billige Versorgung, sondern zuallererst eine gute!!

2.) Als weitere Beteiligte sehe ich die in den medizinischen Diensten Arbeitenden. Sie wollen von ihrer Arbeit leben, und sie wollen gute Arbeit leisten! Dafür benötigen sie entsprechende Qualifikation, Erfahrung, Zeit, überhaupt gute Arbeitsbedingungen und geeignetes Gerät im weitesten Sinn. Sie stehen im direkten Kontakt mit der ersten Gruppe und haben Einfluss darauf, ob und wie deren Ziele erreicht werden. Auch hier steckt im Begriff "gut" ein Konfliktpotenzial.

3.) Eine weitere Gruppe bilden die Krankenhausträger, bisher hauptsächlich Kommunen, kirchliche Einrichtungen oder Wohlfahrtsverbände, und inzwischen zunehmend auch private. Die Ziele dieser Gruppe sind in sich gegensätzlich: Einerseits müssen Einrichtung, Geräte,

Betten, Personal usw. vorgehalten werden für plötzliche, große Anforderungen, die sofort

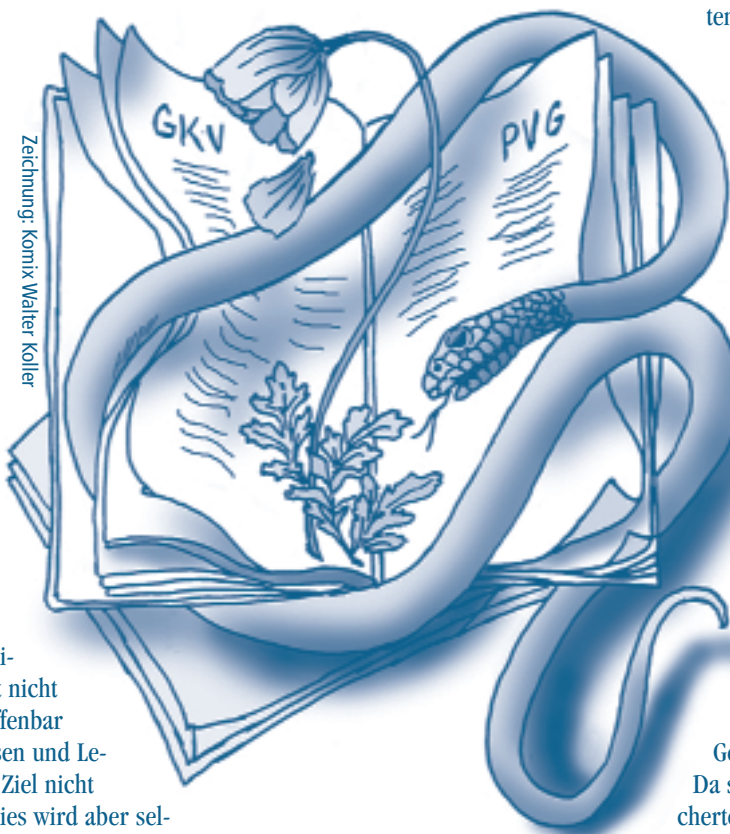
erfüllt werden müssen. Andererseits sollen die Kapazitäten eher niedrig gehalten werden, da Nichtauslastung zu Leerlauf und "unnötigen" Kosten führt.

4.) Als vierte Gruppe betrachte ich die Versicherer: Sie müssen dafür sorgen, dass das von den Versicherten eingesamelte Geld ausreicht und wie diese Gelder verteilt werden.

Da sie das Geld der Versicherten verwalten, sind sie daran interessiert, dass gute Versorgung möglichst kostengünstig gewährleistet wird. Andererseits sind sie dem Druck der übrigen Gruppen ausgesetzt, die für ihre Dienstleistungen und Waren entsprechende Bezahlung verlangen.

5.) Und schließlich sind da die Hersteller von Medikamenten, medizinischen Hilfsmitteln, Apparaten usw. Sie haben wie jedes Unternehmen zuallererst das Interesse zu produzieren, um durch Verkauf der Produkte die anfallenden Kosten zu decken und Gewinne zu erwirtschaften.

Schon nach dieser sehr groben Aufzählung ist klar: Die Interessenlage der einzelnen Gruppen ist zum Teil in sich widersprüchlich, zum Teil gegenläufig zu der einer oder mehrerer anderer Gruppen. In welchen Bereichen könnte man, wenn überhaupt von marktförmigen Beziehungen sprechen? Für eine Antwort suche ich als Geldreformerin nach einem "Etwas", das durch menschliche



Zeichnung: Komix Walter Koller



Alwine Schreiber-Martens, 54 Jahre, Dipl.-Math., 4 Kinder (17-23 Jahre), wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachhochschule Köln. Anfänglich mit großem Interesse in die Marx'sche Theorie eingetaucht. Gewerkschaftsmitglied. Angesichts der weltweiten Umweltproblematik ziemlich resigniert. Motivationsschub ca. ab 1996 durch das Buch von Helmut Creutz. Ist überzeugt, dass jede Veränderung zum Besseren nur mit friedlichen Mitteln und großer Toleranz möglich ist.

Die gesetzliche Krankenversicherung

eine Kostenexplosion

4



recht gut zu, aber wer wären dann die Endnachfrager auf diesem Markt?

Sind denn die Begriffe aus der öffentlichen Diskussion hilfreich?

Da ist zuerst der Begriff Kostenexplosion. Gibt es die? Darauf existiert eine schöne klare Antwort: Die gibt es nicht! Als Beleg dienen die beiden folgenden Diagramme: Das eine zeigt die absoluten Zahlen, das andere die Zahlen in Relation zum BruttoInlandsProdukt (BIP). Das BIP ist ein Maßstab, nicht der einzige und nicht der beste, aber ein oft gewählter, um die Menge der Güter und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft zu messen. Diese Maßzahl ist daher als Vergleichsmaßstab geeignet. Alle folgenden Diagramme sind dem Attac-Rundbrief 2/02 entnommen.



Das zweite zeigt deutlich die relative Konstanz der Ausgaben über die letzten 25 Jahre. Woher dann aber die Dramatik? Auch hier gibt es eine klare, allerdings unschöne Antwort: Die Dramatik liegt auf der Einnahmeseite der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Diese hat sich heftig verschlechtert, zuallererst durch die hohe Arbeitslosigkeit. Ein weiterer Grund ist das Nebeneinander von Privatversicherungen und GKV, d.h. der Existenz der Pflichtversicherungsgrenze (PVG), der Beitragsbemessungsgrenze (BBG), die Nicht-Berücksichtigung einiger Einkunftsarten (z.B. Mieten, Einkommen aus Vermögen) für die Festsetzung der Beiträge usw. Junge, gutverdienende (oberhalb PVG oder BBG), alleinstehende Personen finden bei den privaten Versicherern günstigere Tarife vor als bei der GKV und versichern sich daher privat. Dieses Abwandern der "guten Risiken" verschlechtert natürlich die Lage der GKV noch weiter. Dies alles spüren die Beitragszahler der GKV: die Beiträge der verbliebenen Zahler steigen, sie müssen zuzahlen, viele Leistungen werden gestrichen oder nur als privatversicherte Zusatzleistung angeboten. Die Beitragssteigerung für die Sozialversicherungspflichtigen ist schon eher explosionsartig, sie wird im folgenden Diagramm sichtbar.

Arbeit reproduzierbar ist gemäß dem Motto "je mehr Arbeit, desto mehr Etwas"! Dieses Kriterium ist ja grundlegend dafür, ob Marktbeziehungen für einen Wirtschaftsbereich geeignet sind oder nicht. Die Gesundheit ist dieses "Etwas" bestimmt nicht, ihr "mehr", falls es das überhaupt gibt, ist nicht proportional zu Arbeit, ihre Ursachen sind vielschichtig, psychosomatisch, schwer allgemeingültig zu definieren, jeder Mensch ist da anders! U.a. daraus bezieht der Slogan von Attac "Gesundheit ist keine Ware" seine Kraft! Bei Medikamenten, medizinischem Gerät, medizinischen Dienstleistungen (nicht Diagnose!) trifft dieses Kriterium vielleicht noch

Menschliche Arbeitskraft liegt brach., obwohl viel Arbeit zu tun wäre. Die Einnahmeseite der GKV bildet das Bindeglied zu diesem Grundfehler. Ich halte daher den lautstarken Ruf nach Kostensenkung für schlechte Symptombehandlung!

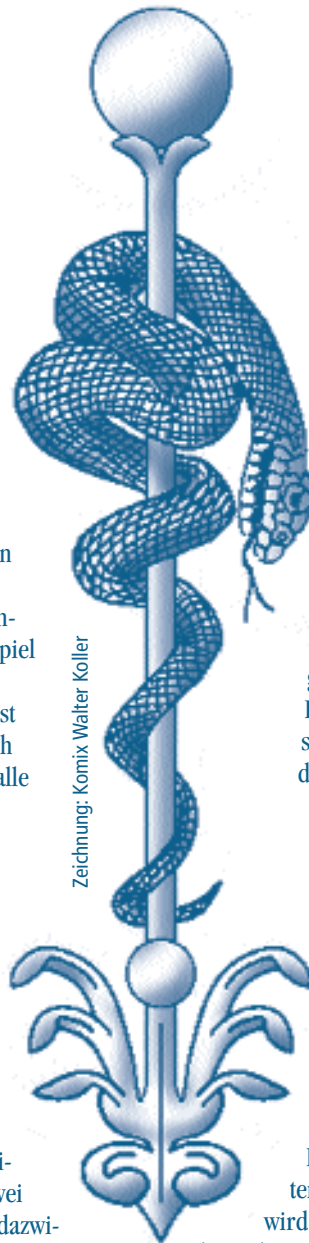
Solidarprinzip, Privatisierung, Eigenverantwortung, finanzielle Anreize.

Was ist das Solidarische einer Versicherung? Das, dass Leistungen entnommen werden nach dem Bedarf des Versicherten und nicht nach seiner insgesamt eingebrachten Leistung, also seiner Beitragszahlung. Die Rentenversicherung ist ein Beispiel einer in diesem Sinn nicht-solidarischen Versicherung! Das Solidarische der GKV ist dagegen nicht, daß Arbeitgeber paritätisch Beitrag zahlen! Das sind Kosten, die wie alle anderen Kosten auch über die Preise von allen Endnachfragern getragen werden! Änderungen an der paritätischen Finanzierung halte ich für unnötig, sie wären Kosmetik, das Grundproblem liegt ja woanders!

Warum halte ich eine solidarische Krankenversicherung für unverzichtbar? Weil es im Leben jedes Menschen, was die Gesundheit angeht, mit Sicherheit Situationen gibt, in denen mensch völlig auf die Leistungserbringung von Seiten anderer Menschen angewiesen ist: Zwei solche Situationen sind Geburt und Tod, dazwischen gibt es unzählige, die nach Zeitpunkt, Gewicht, Dauer nicht vorhersehbar sind!

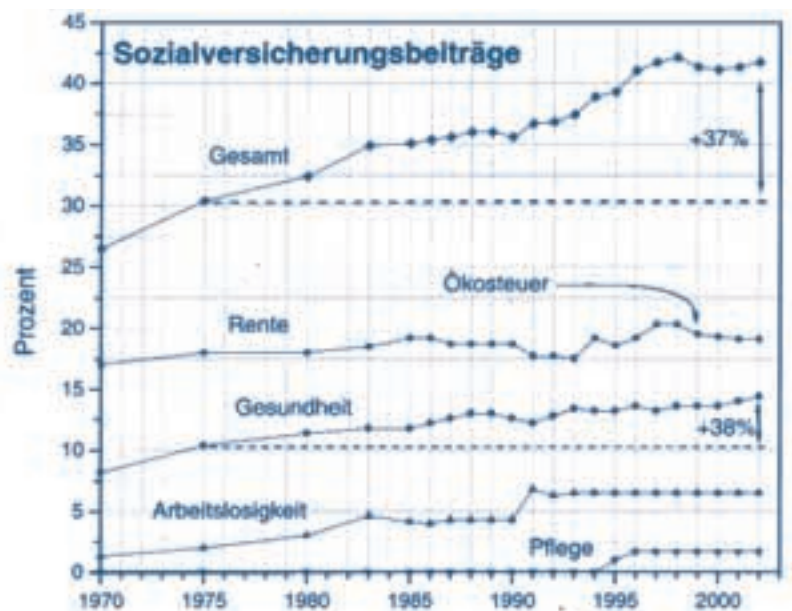
Damit ist für mich im Kern das Stichwort Privatisierung als Gegensatz zum Solidarprinzip bereits abgehandelt, insbesondere wenn man noch die oben erwähnten Probleme der Marktbeziehungen berücksichtigt! Daher halte ich auch den Streit über "medizinisch Notwendiges", Zusatzleistungen, usw. für unnötig, er verschlingt nur Ressourcen! Noch einmal: Das Grundproblem liegt in der hohen Arbeitslosigkeit! Dagegen halte ich die Eigenverantwortung der Versicherten, überhaupt jedes Menschen für ganz grundlegend – in der öffentlichen Diskussion ist aber wohl oft nur gemeint: finanzielle Eigenverantwortung. Nun kann man aber die Eigenverantwortung bzgl. der Gesundheit nur schwer über finanzielle Anreize "wecken" oder fördern, als Beispiel sei nur das Phänomen "Rauchen" genannt:

Für mich sind finanzielle Anreize in der Weise denkbar, daß sie z.B. als "Belohnung" für regelmäßige Teilnahme an Kursen dienen. Dort kann Eigenverantwortung in verschiedenster Weise gelernt und eingeübt werden: Baby-spielkreise, Raucherentwöhnung, Rückengymnastik, Krebsnachsorge, psychische Betreuung, Rehabilitation,



echte Prävention, nicht nur Früherkennung! Die Reihe ließe sich lange fortsetzen Gegenwärtig muß man für diese Sachen sogar bezahlen, wenn sie überhaupt noch angeboten werden. Es werden also an dieser Stelle negative finanzielle Anreize gesetzt, die positiven (geringere Beitragszahlung oder geringere Zuzahlung) gibt es für "gesund sein". Der Zustand "gesund" hat nun sehr vielschichtige Gründe, er ist aus sich heraus schon Lohn genug, er braucht nicht auch noch positive finanzielle Anreize! Sie sollten aber bei den Angeboten zum Lernen von Verhaltensänderungen gesetzt werden. Deren Erfolg schlägt sich nicht immer sofort in meßbar "mehr" Gesundheit nieder! Und absolute Freiwilligkeit ist hier auch unverzichtbar!

Wir brauchen daher nicht zuallererst Kostensenkung! Wir halten eine Umschichtung der vorhandenen Mittel zu mehr wirklicher Prävention für sinnvoll. Unser aller Gesundheit könnte uns vielleicht sogar 10% des BIP wert sein! Die Berücksichtigung aller Einkommen ist geboten, damit die Aufgabe von allen geschultert wird! Die grundlegende Mangelsituation der GKV liegt aber über die Einnahmen bei der Arbeitslosigkeit, und dafür bieten die Geld- und Bodenreformgedanken grundsätzlich Wegweisendes an! ☺



Der Mond gehört mir !

Ein verspäteter Aprilscherz, nicht wahr ? Wer behauptet denn so etwas? "Der Mond gehört doch keinem", sagt sich jeder spontan. Oder etwa nicht ? Dann weiß der eine vielleicht etwas oder ein anderer hat irgendwann irgendetwas gehört ... Und schließlich ist es heraus: Der Mond gehört Dennis Hope !



6 Klaus Rohrbach
Jahrgang 1951; Studium der Germanistik, Geographie und Philosophie; verheiratet; Oberstufenlehrer an der Freien Waldorfschule Würzburg; seit Jahren Beschäftigung mit sozialer Dreigliederung, Freiwirtschaft und alternativen Geldmodellen; Veröffentlichungen u.a.: Freigeld - Michael Unterguggenberger und das "Währungswunder von Wörgl", Ch. Möllmannverlag, 2. Auflage Borcheln 2002

– Wie bitte ? – Jawohl, und nicht nur der Mond, auch noch alle Planeten (außer Erde und Sonne) und einige Dutzend Monde dazu, im Prinzip das gesamte Planetensystem.

"Aber das kann doch nicht sein ! Der Mond kann doch nicht einem einzelnen Menschen gehören !" So spricht der gesunde Menschenverstand.

Der Mond gehört einem Kalifornier

Nun, betrachten wir die skurrilen Fakten genauer: Dennis Hope lebt in Rio Vista bei Sacramento, Kalifornien. Dort befindet sich das Welthauptquartier seiner "Lunar Embassy" (<http://www.lunarembassy.com>). Dieser Organisation gehören heute mehr als 1 Million Mitglieder an; Hope nennt sie "Weltraum – Enthusiasten". Sie haben extraterrestrische Grundstücke von ihm gekauft (vorwiegend auf dem Mond, Mars, der Venus etc.) und werden entsprechend als deren "Besitzer" registriert. Wie kann das sein ?

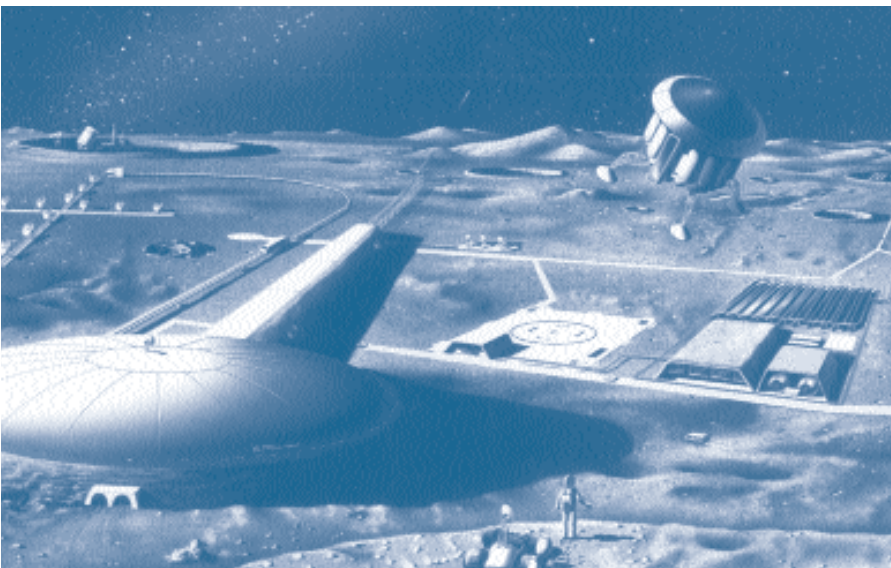
Dennis Hope beruft sich auf ein altes amerikanisches Gesetz, den Homestead Act von 1862. Es regelt die Inbesitznahme von Land, das (noch) keinem gehört. Dieses Gesetz des "Wilden Westens" verlangt, dass ein beanspruchtes Gebiet acht Jahre lang durch einen Aushang öffentlich bekannt gemacht werden muss, so dass ein eventuell berechtigter Einspruch ohne Zeitdruck erfolgen kann. Nach acht Jahren allerdings geht das besagte Gebiet in den legalen Besitz des Antragstellers über. Dennis Hope beantragte nun im Jahre 1980 seinen Anspruch auf alle Planeten und Monde (außer – wie gesagt – Erde und Sonne) beim Grundbuchamt in San

Francisco / Kalifornien. Gleichzeitig informierte er die UNO, die US – Regierung und die damalige Sowjetunion von seinem Antrag. Niemand nahm die Sache ernst, hielt sie eher für einen Scherz im "Land der unbegrenzten Möglichkeiten" ... Seit 1988 jedoch bezeichnet sich Dennis Hope als legaler Besitzer von 8 Planeten und 61 Monden ! Schon vor ihm (und nach ihm) gab es Spaßvögel, die etwas Ähnliches behaupteten, allerdings ohne "gültige" Gesetzeslage. Und jetzt begann Dennis Hope sein Geschäft: den Verkauf von extraterrestrischen Grundstücken (inclusive den Schürfrechten) ! Hatten 1999 erst ca 23 000 Parzellen den "Besitzer" gewechselt, waren es im Mai 2002 schon – wie erwähnt – über 1 Million. Jedes Grundstück auf dem Mond – mit freier Sicht auf die Erde – ist ungefähr 1777 acres groß und entspricht damit nach Angaben Hopes mehr als ebenso vielen Fußballfeldern. Die Kosten dieses "Geschenkartikels", wie er vorsichtshalber genannt wird, sind erträglich: nur 15,99 US-Dollar ! Allerdings kommen noch 1,16 US-Dollar Mondsteuer hinzu sowie 10 US-Dollar für Versand und Verpackung. Mit rund 30 US-Dollar ist man also dabei ! Dafür bekommt man allerdings neben dem Grundstück auf dem Mond (oder Mars, Venus ...) noch eine Besitzurkunde, eine Mondverfassung und eine Landkarte mit der eingezeichneten Position des gekauften Grundstücks. Und dies alles auf "simuliertem Pergamentpapier, bereit zum Einrahmen", inclusive einer 30-Tage-Rückgaberecht-Garantie, falls man "mit dem Produkt nicht vollauf zufrieden" ist. (1) Die bisherigen Landeplätze der NASA sind allerdings nicht zu kaufen, denn sie sollen der ganzen Menschheit gehören ... Unter den Kunden befanden sich etwa 250 Prominente, darunter auch zwei ehemalige US-Präsidenten (vermeintlich Jimmy Carter und Ronald Reagan), heißt es werbeträchtig ...

Die rechtliche Lage

Man reibt sich die Augen und fragt, ob das denn überhaupt erlaubt sei.

Nein, das ist es natürlich nicht ! Schon am 10 Oktober 1967 trat das "Outer Space Treaty" in Kraft (genauer: Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies); bis 2001 haben 96 Staaten den Vertrag ratifiziert, weitere 27 immerhin unterzeichnet. Dennis Hope, auch "The Head Cheese" genannt, macht allerdings darauf aufmerksam, dass diese Vereinbarung nicht auf ihn zutreffe; denn er sei keine "Nation", sondern ein schlichter Privatmann. Tatsächlich ging man wohl in den 60-er Jahren davon aus,



dass nur Staaten in der Lage seien, Weltraumfahrten zu finanzieren. Das hat sich allerdings geändert. Längst schon spricht man von einer Kommerzialisierung des Weltraums (die beiden ersten "Kunden" absolvierten bekanntlich bereits ihre Millionen teure Reise ins All), und auch militärische Nutzungspläne und Rohstoffexplorationen sind durchaus Wirklichkeit geworden. Der Vertrag von 1967 erklärte nun den Weltraum zum Eigentum der ganzen Menschheit. Artikel 2 schließt jede staatliche Inbesitznahme aus: "Der Weltraum, eingeschlossen der Mond und andere Himmelskörper, können nicht durch eine Geltendmachung der Souveränität, durch Gebrauch oder Inbesitznahme oder durch andere Mittel zum Besitz einer Nation erklärt werden", zitiert Florian Rötzer (2) den Vertragstext. Von "Unternehmen" oder "Privatpersonen" wird also tatsächlich nicht gesprochen, und auf eben diese Gesetzeslücke beruft sich Dennis Hope, durchaus nicht gänzlich ohne jede Berechtigung, wie juristische Fachleute zähneknirschend einräumen müssen. Doch es gibt ein zweites Abkommen, das am 11. Juli 1984 in Kraft trat: das sog. "Moon – Treaty" oder genauer "Agreement Governing the Activities of States on the Moon and other Celestial Bodies". Es wiederholt die grundlegenden Artikel des Outer Space Treaty, fügt aber im Artikel 11 hinzu: "Weder die Oberfläche noch der Boden unter der Oberfläche des Mondes oder irgendein Teil desselben oder eine hier befindliche Ressource dürfen zum Besitz eines Staates, einer internationalen Staaten – oder Nichtregierungsorganisation, einer nationalen Organisation oder Nichtregierungsentität oder einer natürlichen Person werden. Die Platzierung von Personal, Raumfahrzeugen, Ausrüstung, Einrichtungen, Stationen und Installationen auf oder unter der Oberfläche des Mondes, aber auch Bauten, die mit dem Mond verbunden sind, dürfen kein Eigentumsrecht an der Oberfläche oder am Boden unter der Oberfläche oder an irgendwelchen anderen Gebieten schaffen." (3) Weiterhin sollen die Staaten miteinander klären, wie die natürlichen Ressourcen ausgebeutet werden könnten, wobei auch die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt werden müssten. Damit dürfte nun alles geklärt sein, sollte man meinen. Doch mitnichten, sagt Dennis Hope – inzwischen vermutlich mehrfacher Millionär – und weist darauf hin, dass (bis 2001) nur 9 Staaten das Abkommen ratifiziert und lediglich 5 weitere es unterzeichnet hätten, darunter keine einzige weltraumfahrende Nation ! Die USA und die damalige Sowjetunion lehnten das Abkommen sogar dezidiert ab; es ging ihnen wohl zu weit. Damit ist es vorerst ein "Papiertiger"

und de facto ungültig.

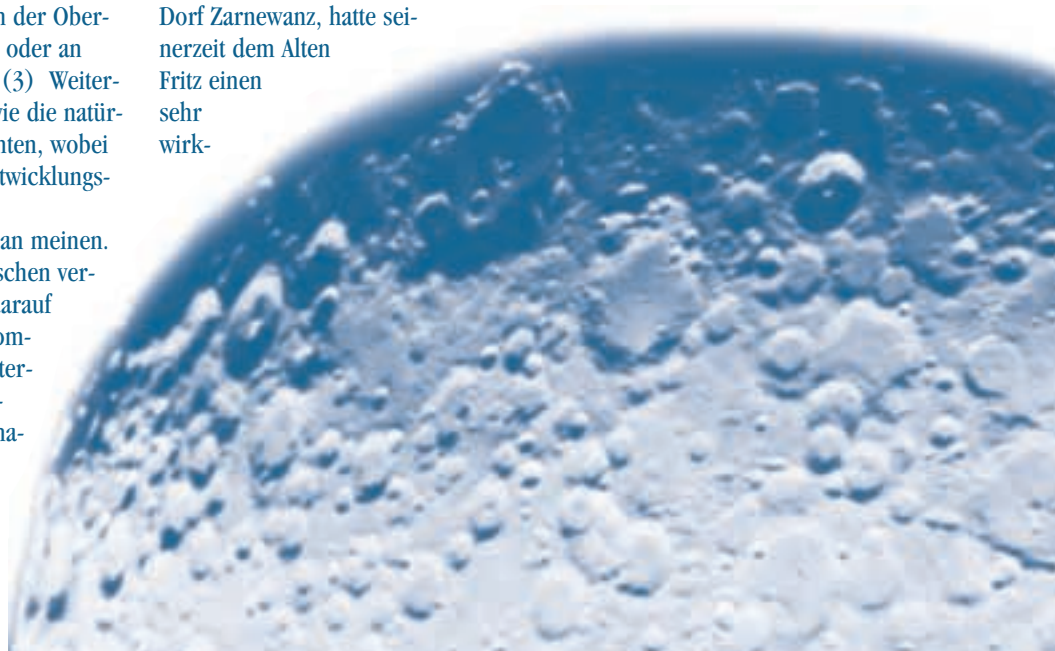
Da also die Frage des Privatbesitzes an Himmelskörpern noch ungeregt ist – zumindest nicht explizit verboten –, hat dieses "rechtliche Vakuum" eine Reihe von Nachfolgern auf den Plan gerufen, die ebenfalls Grundstücke verkaufen.

Ein skurriler Trittbrettfahrer

Gregory Nemitz, Gründer einer bislang eher noch virtuellen Erschließungsgesellschaft, hat kurz nach der erfolgreichen Landung der amerikanischen Sonde NEAR im Februar 2001 auf dem Asteroiden Eros einen offenen Brief verfasst, in dem er die Landung der Sonde "auf seinem Besitz" ausdrücklich begrüßt. Denn seit dem 3. März 2000 sei er der Eigentümer von Eros, da er als erste Privatperson das Recht auf diesen Himmelskörper geltend gemacht habe. Der NASA hat er eine Rechnung geschickt über 20 US-Dollar: Damit würden die Parkkosten der Sonde für die nächsten 100 Jahre abgedeckt werden ... (4)

Konkurrenz aus Westerkappeln

Als Dennis Hope im Jahr 1996 seine Homepage eröffnete, trat der Deutsche Martin Jürgens aus dem westfälischen Westerkappeln (westlich von Osnabrück gelegen) in die Öffentlichkeit mit dem ernst gemeinten Anspruch, er und nur er sei der rechtmäßige Besitzer des Mondes. Der Rentner sieht sich in direkter Erbfolge seit 1756; es gebe nämlich eine Urkunde, die belege, dass der preussische König Friedrich der Große seinem Urahn Aul Jürgens den Mond damals geschenkt habe. Der heilkundige Bauer, geboren 1680 im pommerschen Dorf Zarnewanz, hatte seinerzeit dem Alten Fritz einen sehr wirk-



mächtigen Segen erteilt; jedenfalls hatte dieser seine außenpolitischen Erfolge auf den Segen zurück geführt und mit jener Mondgabe wohl seine Dankbarkeit ausdrücken wollen. "Der Mond gehört seit dem 15. Juli 1756 meiner Familie", zitiert die "Schweriner Volkszeitung" am 8.8.1996 in einer dpa – Meldung den empörten Nachkommen, der die Bundesregierung beauftragt hat, seine Rechte gegenüber den Bezirksbehörden von San Francisco durchzusetzen. In einem Brief vom 17. Juni 1996 schreibt er an Dennis Hope: "Werter Herr Hope, ich rechne Ihnen vergebend an, dass Sie aus Unwissenheit gehandelt haben." In der Sache bleibt der Rentner jedoch unerbittlich: "Friedrich hat verfügt, dass der Mond auf ewig im Familienbesitz bleibt und immer an den jüngsten Sohn weiter gegeben werden muss." Er selbst wolle mit dem Erdtrabanten kein Geld verdienen, das sei "typisch US–amerikanische dummdreiste Überheblichkeit und Raffgier". Und etwas einschränkend ergänzt er: "Vielleicht hat Friedrich der Zweite die ganze Geschichte ja auch gar nicht so ernst gemeint". (5)

Institut zur Prüfung beauftragt

Um den Streit zu schlichten, wurde das Institut für Luft – und Weltraumrecht der Universität Köln – es ist kein rheinischer Karnevalsscherz – beauftragt, dazu eine qualifizierte Stellungnahme zu erarbeiten. Am 10.01.1997

veröffentlichte die "Rhein-Zeitung" die dpa-Meldung, dass das Institut mit seiner Prüfung den ganzen Spuk nun beendet habe: Der Mond gehöre niemandem und dürfe folglich auch nicht verkauft werden ! Das würden eindeutig die Weltraumverträge von 1967 und 1984 regeln. Auch eine Schenkung durch einen preußischen Souverän – so das Blatt – habe nach Auffassung des Kölner Instituts keine Rechtsgültigkeit; denn: "Der Alte Fritz hätte überdies nur dann etwas wirksam übereignen können, wenn er selber Eigentümer der betreffenden Sache gewesen wäre."

Dennis Hope ficht all das nicht an; er beruft sich auf die Ungültigkeit jener Verträge und verkauft erfolgreich und ungestört weiter ...

Einem Juristen platzt der Kragen

Nicht genug damit, nun will der Jurist Virgiliu Pop aus Glasgow, Schottland, der sich schon länger mit Weltraumverträgen und Besitzansprüchen im Weltraum beschäftigt, das gesamte "Weltraummonopoly" ad absurdum führen. Er befürchtet, dass die zu erwartende Privatisierung der Weltraumfahrt zu großen Konflikten führen werde, wenn die Eigentumsverhältnisse nicht international eindeutig geklärt seien. Erst recht gelte diese Forderung bei einer möglichen Militarisierung des Weltraums.

Er hat deshalb am 28. April 2001 öffentlich seine Besitzansprüche auf die Sonne angemeldet ! Einschließlich aller Elementarteilchen, um eventuelle andere spitzfindige Besitzansprüche anderer auszuschließen (vgl. Archimedes Institute). Daran hatte bislang noch niemand gedacht, vermutlich weil die Sonne einfach zu heiß ist. Pop will nun den gesamten Weltraumkolonialismus rechtlich aushebeln, indem er als legitimer Besitzer der Sonne von den angeblichen Eigentümern aller extraterrestrischer Grundstücke Energiegebühren (!) einfordern will. Damit möchte er auf die Unhaltbarkeit der Ansprüche jener "Besitzer" von Weltraumgrundstücken effektiv aufmerksam machen. Pop wörtlich: "Als Spieler des ‚himmlischen Monopoly‘, dem nun das ‚Elektrizitätswerk‘ des Sonnensystems gehört, beabsichtige ich, den anderen ‚Besitzern‘ Geld für die Energie und das Licht von der Sonne abzuknöpfen (...) Falls die Anderen meinen Anspruch nicht anerkennen, dass ich die Sonne besitze, dann würden sie auch ihre eigenen Ansprüche untergraben. Wenn sie aber anerkennen, dass ich die Sonne besitze, dann sind sie verpflichtet, mir etwas für die Energie ‚meiner‘ Sonne zu zahlen. Mein Anspruch ist nicht mehr oder weniger



groß als der ihre." (6)

Pop erwartet wohl, dass man seine Ansprüche anfechten werde; damit würde eine gerichtliche Klärung erzwungen werden.

Großzügig verzichtet er darauf, den Erdenbürgern Rechnungen für seine "Energiefieferungen" zu schicken. Umgekehrt hat er sich auch scherzhaft abgesichert, denn es könnten ja auf den Besitzer der Sonne eines Tages Schadenersatzklagen zukommen: "Ich erkläre mich hiermit als nicht verantwortlich für jedwede Art von Schaden, der durch ‚meinen‘ Besitz in der Form von Hautkrebs, Hitzeschlag, Sonnenblitzen etc. entsteht. Sie sollten stets eine schützende Sonnencreme benutzen, Sonnenbrillen und Sonnenhüte tragen sowie genügend Wasser trinken." (7)

Ist das alles Wirklichkeit? fragt sich der verunsicherte Leser. Und: Was soll man denn von dem Ganzen halten?

Der Mond darf nicht verkauft werden !

Wenn man die Vorgänge ernsthaft diskutiert, ist bald klar, dass man Sonne, Mond und Sterne nicht einfach verkaufen kann. Warum eigentlich nicht? Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass diesen Himmelskörpern der Warencharakter fehlt. Sie können und dürfen nicht wie normale Waren verkauft und verbraucht werden; denn sie können auch nicht wieder – welch absurder Gedanke – durch Arbeit neu produziert werden, wie das ja mit Zahnbürsten, Autos, Computern usw. zweckmäßig geschieht. Und Planeten wachsen ja auch nicht naturgegeben einfach nach! Mondboden – den darf man also nicht verkaufen. Insofern hat das "Moon Treaty" (bzw. das "Outer Space Treaty") im Prinzip völlig Recht. Das gäbe ja auch möglicher Weise erschreckende Machtverhältnisse, wenn nun jemand alle Grundstücke aufkaufen und die Bodenschätze allein ausbeuten würde. Weltdiktatur und kolonialer Weltraum – Imperialismus wären das! – So lauten die Argumente venünftiger Weise. Und dann stellt jemand vielleicht die Frage:

"Und was ist mit der Erde?"

"Wieso? Was soll mit der Erde sein?" – "Darf man denn die Erde verkaufen?" – "Na, die verkauft man doch nicht!" – "Doch, man verkauft sie, den Boden, die Grundstücke. Wir besitzen doch auch ein Grundstück ..." – "Also, das ist ja wohl etwas anderes!" – "Wieso?" – "Naja, das ist doch Privateigentum; das hast du doch doch rechtmäßig bezahlt! Für 200,- Euro den Quadratmeter, was weiß ich." – "Jawohl, wie die beim Mond,

also doch irgendeinem Bodenbesitzer?" – Pause. –

Dann: "Ja, willst du denn die Sozialisierung, den Kommunismus?" – "Genau! In der DDR war der Boden doch auch Staatseigentum, und wohin das geführt hat, wissen wir eigentlich!" – "Aber doch nicht wegen des sozialisierten Bodens!" – Und so weiter ...

Es ist nicht leicht, aber ungemein bewussteinserhellend, die Begriffe zu klären. Manche Gedankeninhalte und Denkbewegungen scheinen gleichsam wie betoniert zu sein und müssen erst gelockert werden. Was also darf verkauft werden und Privatbesitz sein? Was genau ist der Charakter, das Wesen einer Ware? Was ist beim Boden dabei grundsätzlich anders? – Und bald kommen dann vielleicht auch weitere Fragen auf: "Was ist dann eigentlich mit den Bodenschätzen, also Erdöl, Kohle, Erzen? Die lassen sich doch ebenfalls nicht neu produzieren. Millionen Jahre hat ihre Entstehung gebraucht. Also dürften dies ebenfalls keine normalen Waren sein!"

Unversehens – auf dem Umweg des Mond-Verkaufsspektakels – ist bei einer solchen Diskussion das eigentliche Problem ins Blickfeld gerückt: Wem soll die Erde verantwortlich gehören? Wie müssen oder müssten wir rechtlich mit der Erde, dem Grund und Boden umgehen?

Historische Beispiele dazu gibt es in Hülle und Fülle:

Spekulative Exzesse oder sinnvolle Neuordnung

Innerhalb weniger Sekunden explodierten die Bodenpreise! Das geschah am 20. Juni 1991, genau um 21.49 Uhr. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth verkündete in Bonn das mit Spannung erwartete Abstimmungsergebnis des Bundestags über den zukünftigen Parlaments- und Regierungssitz des wiedervereinigten Deutschlands: Nach zehn Stunden heftiger Debatte votierten 338 Stimmen für Berlin und 320 für Bonn. An diesem Abend verteuerte sich der Berliner Boden nach Expertenmeinungen schlagartig um rund 100 Milliarden DM!

Ein anderes Beispiel zeigt die Möglichkeit einer bis ans Absurde grenzenden Bodenspekulation: So stiegen die Bodenpreise in Japans Hauptstadt Tokio im Laufe der 90-er Jahre ungebremst immer weiter, bis der Quadratmeter Boden in der innerstädtischen Geschäftsstraße zuletzt 1 Million DM kostete! Kein Käufer konnte diese Phantasiesumme tatsächlich bezahlen, das System brach folgerichtig auch bald zusammen. Der soziale und ökonomische Schaden durch eine nun schon seit Jahren gelähmte Wirtschaft ist kaum zu ermessen.



Im altdutschen Bodenrecht dagegen gab es die Allmende, einen Teil der Gemeindeflur, der der Gemeinschaft gehörte und jedem zur Nutzung offenstand (als Weide, Wald und Ödland, aber auch die Wasserläufe zum Fischen).

In Russland gab es bis 1917 die Mir-Ordnung mit der gemeinschaftlichen Nutzung des Wiesen- und Weidelandes und der periodischen Umverteilung des Gemeinlandes.

Die Indianer Nordamerikas empfanden es als widersinnig, den Weißen ihr Land – ihre "Mutter" und den Ruheort der Ahnen – zu verkaufen. Entsprechend schmerzlich war es für sie, dass die Weißen dies nicht wissen wollten und das Land brutal zerstörten.

In Israel wurde die Bodenreform nach der Staatsgründung 1949 Grundgesetz (der Boden ist Staatseigentum, lediglich zur Nutzung frei gegeben).

1893 wurde die Obstbausiedlung Eden (nördlich Berlins) gegründet, die zwei Weltkriege, das Nazi-Regime und die DDR mit einer wechselvollen Geschichte überlebte. Die zentrale Idee war, dass der Boden sog. Freiland war, also kein Privateigentum. Ein ähnliches Beispiel war die Handwerkersiedlung Gildenhall bei Neuruppin (Brandenburg). (8)

So wie Silvio Gesell und die Freilandbewegung zeigte auch Rudolf Steiner im Rahmen seiner Dreigliederung des sozialen Organismus in zahlreichen Vorträgen auf, dass jedes Privateigentum an Boden verheerende ökonomische und soziale Folgen haben müsse.

Und schließlich ist dieses Prinzip ja auch bei uns heute bekannt. Vielen sozialen Einrichtungen wird der Grund und Boden, auf dem sie ihre Gebäude errichtet haben, nicht als Eigentum gehören, Er gehört der Gemeinde, also der Gemeinschaft, und hat im Rahmen des Erbpachtrechts eine bestimmte Nutzung erfahren. Verkauft worden ist das Grundstück nicht, nur verpachtet ... Und so sollte es allgemein sein.

Damit wäre dann ein grundlegendes und notwendiges Prinzip einer gesunden Gestaltung des sozialen Organismus verstanden worden. Nicht um den Mond geht es, es geht um unsere Erde! ☺

Anmerkungen:

(1) <http://www.lunarembassy.com>

(2) Florian Rötzer: Sonne, Mond und Sterne. Wem gehört das Weltall?

<http://www.heise.de> (10.08.1998), S. 4, Telepolis Weltraum.

(3) Florian Rötzer (10.08.1998), S. 4/5

(4) Florian Rötzer: Die Sonne ist mein Eigentum.

[Http://www.heise.de](http://www.heise.de) (15.05.2002), S. 3. Telepolis Weltraum

(5) "Heftiger Streit um den Besitz des Mondes", In: Schweriner Volkszeitung, 09.08.1996

(6) Florian Rötzer (15.05.2002), S. 5

(7) Florian Rötzer (15.05.2002), S. 5

(8) vgl. Werner Onken: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. Gauke Verlag, Lütjenburg 1997

Mit dem Mond oder der Venus kann man nicht handeln

Wie sich der ökologische und soziale Zusammenbruch vermeiden läßt.

Frank Bohner

Flutkatastrophen, ein dramatischer, ungebremster Schwund der Artenvielfalt und das unvermindert fortschreitende Waldsterben haben nichts daran geändert: weiterhin wird uns beinahe täglich durch die Medien geradezu eingehämmert, daß die Wirtschaft wachsen muß. Sogar die Vertreter der Partei, die einst gegründet wurde, um die Natur zu schützen und auch für künftige Generationen als Lebensgrundlage zu erhalten, machen regelmäßig Gebrauch von diesem Bild. Suggestionen aber machen geistig unfrei. Die Suggestion ständigen Wachstums verstellt leicht den Blick auf die Tatsache, daß es in einer endlichen Welt gar kein unendliches Wachstum geben kann. Die Erkenntnis der Begrenztheit der Welt und der Endlichkeit der Ressourcen kann bereits von Kindern problemlos nachvollzogen werden. In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts führten die wachsenden ökologischen Probleme zur Entstehung einer Bewegung, die auf die Grenzen des Wachstums hinwies.

So war anfangs die Forderung nach "Nullwachstum" häufig zu hören, obwohl man wohl besser von einer Stabilisierung der Wirtschaftsleistung gesprochen hätte. Man erkannte jedoch sehr bald, daß unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft die Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit ohne Wirtschaftswachstum offenbar nicht zu meistern war. Die geringen Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte reichten nicht aus, um der Arbeitsmarktp Probleme auch nur annähernd Herr zu werden - im Gegenteil! Eine gewaltige Schädigung von Natur und Umwelt bewirkten sie gleichwohl.

Weil die überwiegende Mehrheit der Umweltbewegten keinen Ausweg aus dem ökologisch-ökonomischen Dilemma sah, nahm sie Zuflucht zu einer Scheinlösung. Anstatt nach Wegen zu suchen, die Vollbeschäftigung auch ohne ständiges Wirtschaftswachstum versprachen, propagierte man den Begriff der "Nachhaltigkeit". Der steht im wesentlichen für die notwendige und vernünftige Forderung, nicht auf Kosten kommender Generationen zu leben. Wie dies im Rahmen einer - aus ökonomischen und sozialen Gründen - zum Wachstum sozusagen 'verdammten' Wirtschaft gelingen soll, wird in der Regel jedoch nicht gesagt. Ohne Zweifel aber kann man sich hinter dem Nachhaltigkeitsbegriff gut verstecken, vieles bleibt dabei unkonkret und nebulös. Dies dürfte einer der Gründe sein, warum gerade auch Politiker so gerne von Nachhaltigkeit reden.

Handel mit Mond und Venus? - Mahnende Stimmen und ein möglicher Ausweg

Bereits mehr als 60 Jahre vor dem Club of Rome ("Die Grenzen des Wachstums") wies Rudolf Steiner auf die Endlichkeit der Welt hin. Nicht wegen der - damals bei weitem nicht so gravierenden - Umweltprobleme, sondern im Hinblick auf die Organisation der Wirtschaft. Die müsse, so Steiner, als Weltwirtschaft begriffen werden. Damit war er seiner Zeit und insbesondere der Zukunft der damaligen Nationalökonomien weit voraus. Man könne, so Steiner im elften Vortrag des national-ökonomischen Kurses, mit dem "Mond oder der Venus und so weiter" (1) keinen Handel treiben.

"Geld und Wachstum" heißt ein wichtiges Buch, das von dem renommierten schweizerischen Ökonomen Hans Christoph Binswanger und dem Konzernberater Paschen von Flotow (2) herausgegeben wurde. Im Klappentext heißt es: "Geld und Wachstum bemüht sich um ein besseres Verständnis der Strukturen und Prozesse der Geldwirtschaft. Nur wenn wir beides im Blick haben - die Mechanismen der Geldwirtschaft wie die des Geldes -, haben wir eine realistische Chance, der schweren ökonomischen und ökologischen Krise vorzubeugen, in die uns ein Wachstum um jeden Preis führen wird." Fredmund Malik bringt es auf Seite 127 auf den Punkt: "Ein Schuldner ist also gezwungen, nicht nur das Darlehen zu erwirtschaften, das heißt also eine Leistung zu erbringen, die er ohne Bestehen des Schuldkontraktes möglicherweise nicht erbracht hätte; er muß darüber hinaus eine Mehrleistung in Höhe des Zinses erwirtschaften. Die scheint mir eine der wesentlichsten, wenn nicht überhaupt die entscheidende Ursache für die Wirtschaftsdynamik einer

11

Geldwirtschaft zu sein." Und auf Seite 129 heißt es bei Malik: "Die Summe aller Schuldverhältnisse multipliziert mit dem jeweils gültigen Zinssatz entspricht der Summe der erforderlichen wirtschaftlichen Mehrleistung zwecks Vermeidung des Untergangs. Dies ist die Wachstumsursache der Wirtschaft, und sie ist von psychologischen Motiven gänzlich unabhängig." Und weil die Geldvermögen ständig wachsen, müssen auch die Schulden zunehmen. Damit

wiederum wachsen die Zinslasten. Um die Zinsen (und Dividenden) aufzubringen, muß die Wirtschaft wachsen. Geschieht dies nicht in ausreichendem Maß, müssen Löhne gekürzt oder Menschen entlassen werden. Im Extremfall müssen überschuldete Unternehmen schließen. Die Rekordzahlen an Unternehmenspleiten in Deutschland - etwa 40000 im Jahre 2002 - sprechen eine deutliche Sprache.

Nur wenn es gelingt, das Geldvermögenswachstum abzu-bremsen, nur dann reduziert sich auch der Wachstumsdruck. So sieht es auch Gerhard Scherhorn vom Wuppertal Institut in seiner Broschüre "Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache". (3) Dort heißt es im sechsten Kapitel: "Der Expansion des Kapitals können Grenzen gezogen werden". (4) Ausdrücklich erwähnt der Autor hier, daß "die zerstörerischen Wirkungen" ... "auf die ungezügelte, überproportionale Kapitalvermehrung" zurückzuführen seien. Diese sei nur dadurch vermeidbar, daß dem Kapital "außerökonomische" Bindungen auferlegt würden. Solche Bindungen seien möglich. Sie liefen darauf hinaus, "daß Kapital sich entweder weniger schnell vermehrt oder von Zeit zu Zeit vermindert wird." Ersteres könnte durch ein sinkendes Zinsniveau erreicht werden, zweites durch ein sich abnützendes Geld, was schon Rudolf Steiner im Rahmen des Nationalökonomischen Kurses vorschlug. Analog dazu regte Silvio Gesell etwa zeit-

gleich zu Steiner die Einführung rostender Banknoten an. Gesell redete damit aber keineswegs einem inflationären Verfall der Währung das Wort - im Gegenteil. Die

Vorstellungen von Steiner und Gesell verdienen es, diskutiert zu werden. So schreibt denn auch Geminello Alvi auf S. 242 des schon erwähnten Bandes "Geld und Wachstum": "Das [...] Geld von Steiner, Gesell oder Keynes scheint mir das Beispiel eines translativen [Anm.: verbindenden] Geldes zu sein. Laut Alvi

läßt das heutige Geld "die Umwelt verelenden. Es fügt kein Leben hinzu, sondern erteilt Befehle, die alles grau werden lassen." (S. 234). Das Alvi zufolge "beste Geld für die Lebenseinrichtung in dieser Umwelt" sei "Geld, das dem Umlauf dient", zur 'Abhäufung' geeignetes Geld."

Weil Geld heutzutage so gut wie alle Lebensbereiche durchdringt, sollten möglichst viele Menschen darüber Bescheid wissen. Andernfalls läßt sich eine bessere, sprich ökologisch verträglichere, sozial gerechtere und ökonomisch effizientere Geldordnung kaum durchsetzen. Ein vom Individuum praktizierter anderer Umgang mit Geld bleibt zwar weiterhin bedeutsam, kann aber die aus einer fehlerhaften Geldordnung resultierenden Schäden letztlich weder gänzlich verhindern noch ausgleichen.

Anmerkungen:

- (1) Rudolf Steiner: Nationalökonomischer Kurs. Vierzehn Vorträge, gehalten in Dornach vom 24. Juli bis 6. August 1922 für Studenten der Nationalökonomie (GA 340). Dornach 1979, S. 179
- (2) H.C. Binswanger, P. von Flotow (Hrsg): Geld & Wachstum. Stuttgart 1994
- (3) Gerhard Scherhorn "Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung haben die gleiche Ursache", Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH 1997
- (4) siehe Anm. 3, S. 22ff.

Dieser Text erschien in leicht veränderter Form bereits in der letzten Ausgabe der Zeitschrift "Anthroposophie".



Das Gleichnis vom lecken Schiff

Ein Gleichnis das nicht in der Bibel steht.

Hans-Jörg Willi

Unser Raumschiff Erde gleicht einem Schiff mit einem Leck im Bauch, durch welches ständig Wasser eindringt. Zwar hat die Besatzung die drohende Gefahr erkannt, und sie will ihr auch begegnen, jedoch auf sehr unterschiedliche Weise, nämlich so: Die einen empfehlen, die Fahrt möglichst zu beschleunigen, die anderen, möglichst viel Wasser aus dem Schiff zu schöpfen. Und nicht wenige wollen beides. Das Naheliegendste aber, nämlich das Übel an der Wurzel zu packen und das Leck kurzerhand abzudichten, wird eigenartigerweise nur von wenigen Besatzungsmitgliedern gefordert.

Eine solch gleichnishafte Rollenverteilung ist den Kennern unseres verfehlten Geldwesens leicht erklärbar: Schneller zu fahren, also Wirtschaftswachstum, begehen unablässig die Rechten (vermutlich in Kenntnis der Zusammenhänge). Wasser zu schöpfen, also Notlinderung, verlangen anklagend die Linken (vermutlich in Unkenntnis der Zusammenhänge). Und ganz einfach das Loch zu stopfen, also den Zins im Kapital zu ersäufen, wie Silvio Gesell es einmal formulierte, fordern seit rund einhundert Jahren die Freiwirte in ihrem Bemühen um eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Wohl bemerkt, Kapitalismus oder Zinswirtschaft bedeutet nicht mehr und auch nicht weniger als: aus Geld mehr Geld machen. So stampft unser ächzendes Schiff mühsam weiter vorwärts gegen schwere Wellen, kämpft es gegen seinen Untergang. Diese Katastrophe erscheint der Besatzung, obwohl nicht eingestanden oder höchstens verblümt zugegeben, spätestens seit dreissig Jahren als immer unausweichlicher (siehe Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums, 1971). Deshalb fragen sich die paar Lochstopfer/Freigeldler, warum es ihnen nicht gelingen will, wenigstens einige der Wasserschöpfer/Linken (als jüngstes Beispiel: die Globalisierungsgegner) zur Mithilfe beim Lochstopfen, sprich bei der Geld- und Landreform, zu bewegen.

Durch einen Geldumlaufantrieb in Form einer Geldbenutzungsgebühr nämlich, das heisst durch die Schaffung einer umlaufsicheren Indexwährung, würde ein doppelter Zwang hinfällig, nämlich der Zwang zum Naturverschlingenden Wirtschaftswachstum sowie die Notwendigkeit, immer mehr Notleidende mit einer Sozialhilfe zu unterstützen. Und zwar ganz einfach deshalb, weil dann die Reichen die Armen nicht mehr mit dem Zinsautomatismus ausplündern könnten, so dass der Bibelsatz: Die Armen sind die Weide der Reichen. (Sirach 13,19) seine bitterböse Gültigkeit endlich verlieren würde.

Und noch ein Gedanke zum Schluss: Das Gleichnis vom

lecken Schiff ähnelt auffallend einem Schildbürgerstreich: Lieber ein Natur zerstörendes Wirtschaftswachstum, lieber ein Kräfte verschleissendes Wasserschöpfen als ganz einfach das Loch im Schiffsbauch stopfen.



Wir leben auf der Erde nur zur Miete

Eine Glosse aus: "Die Welt" vom 10.03.03, Rubrik: ZIPPERT zappt, Seite 1

Bischof Lehmann hat eine interessante Theorie aufgestellt. Er sagte, Gott habe den Menschen die Erde nur zur Nutzung geliehen. Das heisst, irgendwann will er sie wieder zurückhaben, oder er leiht sie jemand anderem. Wir wohnen hier sozusagen nur zur Miete und müssen die Erde in besenreinem Zustand übergeben.

Aber wer zieht hier eigentlich nach uns ein? Davon hängt es nämlich ab, in welchem Zustand wir die Erde abliefern müssen. Übernehmen Ausserirdische, die sich von Uran ernähren, den Laden, spricht nichts dagegen, möglichst viele, Atombomben zu zünden, damit sie es hier schön radioaktiv haben. Vielleicht ziehen auch Käfer ein, die sich von verschmutztem Wasser ernähren? Dann müssen wir unsere Umweltpolitik gewaltig umstellen.

Hin und wieder wird ja sogar behauptet, wir hätten die Erde von unseren Kindern geliehen. Sollte das stimmen, müssten wir den Gemüseanbau sofort einstellen und kein einziges Zimmer mehr aufräumen. Wer weiß, ob überhaupt jemand die Erde haben will. Vielleicht lesen wir bald folgende Kleinanzeige: "Für Bastler! Ält. Planet, sechs Milliard. Jahre Laufleistung, TÜV abgel., zum Ausschachten günst. abzugeben."

Weniger Freizeit für mehr Wachstum

Anmerkungen zur aktuellen Diskussion um die Erhöhung der Arbeitszeit

Norbert Rost 1976 in der Lausitz geboren, 1989 intensiv und hoffnungsfroh "Die Wende" erlebt, in den 1990ern: Abitur, Zivildienst, Beginn eines Studiums der Wirtschaftsinformatik, zur Zeit selbständig und Student

Derzeit schlägt die Diskussion über längere Arbeitszeiten hohe Wellen. (<http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/26/0,1367,HOME-0-2051802,00.html>)

Die Errungenschaft "40-Stunden-Woche" soll zugunsten von mehr Wachstum gekippt werden. Aber wofür brauchen wir denn noch mehr Wachstum?

"Man muß erkennen, daß der Kunde der eigentliche Arbeitgeber ist."

Minoru Tominaga, DSWR 1-2/98

Gegenteil: Da wir noch mehr Zeit mit Arbeiten verbringen, können wir unser Geld währenddessen nicht im Kino oder im Supermarkt ausgeben.

Somit produzieren die Firmen mit unserer zusätzlichen Arbeitszeit zwar mehr Produkte, aber wir können diese zusätzlichen Produkte nicht zusätzlich kaufen, da wir ja kein zusätzliches Geld bekommen.

Die Argumentation lautet normalerweise so: Mehr Wirtschaftswachstum bringt weniger Arbeitslosigkeit und mehr Wohlstand. Obwohl allein diese Argumentationskette zumindest zweifelhaft ist (<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14892/1.html>), kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Arbeitsplätze entstehen, wenn eine Firma Arbeit zu bewältigen hat, die mit dem bisherigen Personal nicht schaffbar ist und wenn diese Firma Geld für weiteres Personal übrig hat oder aufgrund der Neueinstellung weitere Absatzmöglichkeiten bekommt. Arbeiten wir aber alle länger, so ist kein neuer Bedarf nach zusätzlichen Angestellten zu erwarten - schließlich machen wir die Arbeit, die neue Angestellte hätten machen können.

Wirtschaftswachstum bedeutet aber, daß mehr Produkte abgesetzt werden und nicht nur, daß mehr Produkte produziert werden. So bezeichnet der Leiter der Konjunkturabteilung des DIW Gustav Horn den Vorschlag des deutschen Wirtschaftsministers Clement, Feiertage zugunsten neuen Wirtschaftswachstums entfallen zu lassen, als "Milchmädchenrechnung" (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,253348,00.html>).

Wieviel Ahnung sollte ein Wirtschaftsminister von Wirtschaft haben?

Bei gleichem Lohn mehr zu arbeiten kommt im Grunde einer Lohnsenkung gleich. Die sogenannten Lohnnebenkosten wie Krankenkassen- und Rentenbeiträge, die in Deutschland angeblich zu hoch sind (<http://www.handelsblatt.com/hbiwwwangebot/fn/rehbi/sfn/buildhbi/cn/GoArt!200013,200050,612310/SH/0/depot/0/>), werden durch eine Arbeitszeitverlängerung nicht berührt. Entsprechend zusätzliche Einnahmen, so sie denn anfallen, kommen also allein den Unternehmen zugute. Die Wirtschaftslobby gehört deshalb zur Zeit auch zu den am lautesten Schreienden, wenn es darum geht, Feiertage fallen zu lassen und die Wochenarbeitszeit zu erhöhen. Und sie gehört zu den am lautesten Jammernden, wenn es darum geht, daß die Gewinne einbrechen. Aber lehrt die herrschende Volkswirtschaftslehre nicht, daß auf idealen Märkten die Gewinne langfristig sinken und gegen Null gehen? (vgl. Ulrich Blum, Studienhandbuch Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage 1987, von Loeper Verlag GmbH, S. 120 ff) Und sind Gewinne nicht trotzdem noch Gewinne und nicht Verluste? Welchen Beitrag zu mehr Wohlstand aller leisten die Unternehmen in diesem Land?



Arbeit macht Spaß. Ich könnte stundenlang zusehen.

nen. Da die Mehrarbeit nicht mit mehr Verdienst verbunden sein soll, können wir auch nicht mehr kaufen - also den Firmen auch nicht mehr Absatz bescheren. Im

In Deutschland herrscht zur Zeit mit gerade noch 0,2% fast "Nullwachstum". Das heißt, die Volkswirtschaft produziert etwa die gleichen Werte an Gütern und Dienstleistungen wie im

Jahr zuvor: ca. 24.000 Euro pro Kopf und Jahr, vom Säugling bis zum Rentner. Jedem Menschen ginge es genauso gut wie im Jahr zuvor, wenn er in beiden Jahren dieselben Mittel zur Verfügung hat. Auf eine Gruppe von Menschen trifft im Grunde das gleiche zu. Eine Volkswirtschaft ist eine sehr große Gruppe an Menschen, doch sol-

len hier, wenn man der aktuellen Argumentation in Wirtschaft, Politik und Medien glaubt, andere Regeln gelten: Einer Volkswirtschaft geht es schlecht, wenn sie das gleiche zur Verfügung hat wie im Jahr zuvor. Dies stimmt nur dann, wenn die Verteilung innerhalb dieser Volkswirtschaft nicht gleichmäßig passiert, sondern die einen überdurchschnittlich mehr erhalten - was dann natürlich die anderen abgeben müssen. Daß Verteilungsgerechtigkeit ein wichtiger Aspekt von allgemeinem Wohlstand sein muß, spielt in der Politik leider keine Rolle. Von der Suche nach den Gründen der offensichtlich vorhandenen, aber unsichtbar geschehenden, Umverteilung ganz zu schweigen. (<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14846/1.html>)

Wie argumentieren wir in 10 Jahren?

3% ist der Durchschnittswert, den die Weltwirtschaft dieses Jahr wachsen soll. (<http://www.netzeitung.de/wirtschaft/241670.html>)

Da die deutsche Wirtschaft immer am Ausland gemessen wird, ist es also sinnvoll, sich an diesem Wert zu orientieren.

Nun erscheint es den meisten Menschen anschaulich,

daß es einfach ist, 3% mehr Klimmzüge zu machen, wenn man von 10 Klimmzügen ausgeht. Das wäre nämlich nicht einmal 1 Klimmzug mehr. Schwieriger ist es,

3% mehr Klimmzüge zu machen, wenn man bereits bei 100 Klimmzügen angelangt ist - dann sind es 3 zusätzliche Klimmzüge. Noch schwieriger wird es, wenn man diese 100 nur mit Mühe erreichte.

Überträgt man dieses Beispiel auf unsere Wirtschaft, die gerade so mit Schwierigkeiten ihr jetziges Niveau erreicht (wie wir ja ausgiebig der

Presse entnehmen können), so entsprachen 3% Wachstum 1970 ca. 22,5 Mrd. Euro (3% von ca. 750 Mrd. Euro, siehe Grafik). Um dieselben 3% heute zu erreichen, muß die deutsche Volkswirtschaft ca. 60 Mrd. Euro erzielen - zusätzlich zur sowieso produzierten Wirtschaftsleistung. Schaffen wir es, dieses Wachstum 10 Jahre beizubehalten, produzieren wir 2013 Waren und Dienstleistungen im Wert von 2670 Mrd. Euro, also ein Drittel mehr als heute. Die 3% Wachstum, die wir dann sicher benötigen, "um unseren Wohlstand beizubehalten" sind dann auf 80 Mrd. Euro pro Jahr gestiegen. Je mehr wir wachsen, umso mehr müssen wir wachsen. Aber wir haben nur eine begrenzte Anzahl an Feiertagen, die wir abgeben können und nur eine begrenzte Anzahl an Stunden pro Woche. Was kommt danach?

"Wir werden unser Engagement im Osten überprüfen"

...drohen BMW und Siemens unverholen auf die Streiks der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche und verweisen darauf, daß die Lohnkosten in Tschechien und Polen nur ein Viertel der hiesigen Kosten betragen. (<http://www.netzeitung.de/wirtschaft/244543.html>) Lohnkosten für die Unternehmen sind Löhne für die Arbeitnehmer. Die Löhne der Arbeitnehmer sind – volkswirtschaftlich betrachtet - der potentielle Umsatz der



Quelle: <http://econ.ucsd.edu/muendler/teach/03w/graphs-10-31.pdf> bzw. <http://www.fgn.unisg.ch/eumacro/macrodta/dmtrxneu.htm>



Arbeit mit der Maschine

Unternehmen. Einen BMW in Polen bei polnischen Löhnen zu deutschen Preisen abzusetzen und damit den eigenen Gewinn steigern zu wollen dürfte schwierig werden - ebenso BMWs in Deutschland abzusetzen, wenn mit der fortschreitenden Verlagerung der Produktion in andere Länder potentielle deutsche Käufer nicht mehr am Produktionsprozeß finanziell beteiligt sind.

Wovon sollen sie die Autos bezahlen?

Es muß also im Eigeninteresse der Firmen liegen, auch wenn dies aus betriebswirtschaftlichen Gründen und unter dem Druck des Shareholder Value nicht einfach einzusehen ist, daß ein Markt für ihre Produkte nur dann vorhanden ist, wenn die Käufer sich die Produkte leisten können. Ein in westlichen Industrienationen hergestelltes Auto ist ja nicht nur deshalb teurer, weil die Lohnkosten höher sind als in anderen Teilen der Welt, sondern es kann nur deshalb überhaupt zu höheren Preisen abgesetzt werden, eben weil die Löhne der potentiellen Käufer höher sind als im Rest der Welt. Auch Unternehmenslenker können somit etwas vom inzwischen weit bekannten Aufruf

"Global denken, lokal handeln" lernen: Nur wenn sie dafür sorgen, daß ein einzelner Markt finanziell an der Produktion beteiligt wird, können die Unternehmen dort ihre Produkte auch absetzen. Ständig nur den billigen Löhnen hinterher zu laufen bringt nur eine permanente Verlagerung der Märkte mit sich - dem weltweiten Wohlstand, an dem auch Firmen wie BMW und Siemens durch höheren Absatz profitieren könnten, ist damit nicht geholfen. 



Reine Handarbeit

Zwang zum Wachstum als Folge unserer Einkommensverteilung

Helmut Creutz

Bekanntlich wird das Sozialprodukt bzw. Volkseinkommen in jedem Jahr zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt. Der Staat greift wiederum auf diese Einkommen zurück, beim Kapital mit nachlassendem Erfolg, bei der Arbeit um so gründlicher. Die Natur, die Grundlage allen Wirtschaftens und Wohlstands, wird dagegen immer noch als kostenlose Quelle betrachtet und geht weder in die Kalkulationen noch die Verteilungsrechnungen ein.

Wächst nun die Wirtschaftsleistung und damit das Volkseinkommen zum Beispiel um zwei Prozent, dann können auch die Kapital- und Arbeitseinkommen und damit wiederum die Staatseinkommen um zwei Prozent zunehmen, ohne dass es zu irgendwelchen Schwierigkeiten kommt. Verlangt aber eine der Beziehergruppen mehr als jene zusätzlich erwirtschafteten zwei Prozent, dann müssen sich die anderen zwangsläufig mit weniger zufrieden geben.

Überprüfen wir vor diesem Hintergrund die tatsächlichen Leistungs- und Verteilungsentwicklungen, dann zeigt sich, dass überall die Geldvermögen und Schulden rascher als die Wirtschaftsleistung wachsen. So nahm in Deutschland beispielsweise die Wirtschaftsleistung von Ende 1991 bis Ende 2001 um 37 Prozent zu, die Geldvermögen jedoch um 99 Prozent und die Zinszahlungen der Banken an die Geldvermögen - trotz gesunkener Zinssätze - um 95 Prozent.

Auf Grund dieser im Übermaß gestiegenen Ansprüche des Geldkapitals, die in jeder Volkswirtschaft vorab und unausweichlich befriedigt werden müssen, blieb zwangsläufig für den Faktor Arbeit weniger übrig. So nahmen in Deutschland die Bruttolöhne und -gehälter in den zehn Jahren, trotz des Wirtschaftswachstums von 37 Prozent, nur um 29 Prozent zu und die Nettogrößen sogar nur um 23 Prozent, wie aus der Darstellung 2 hervorgeht! Selbst die Einkommen aus Unternehmertätigkeit blieben mit 31 Prozent hinter dem Wachstum der Wirtschaft zurück, was auf einen Rückgang der Gewinne und Sachkapitalrenditen schließen lässt und die Zunahme der Insolvenzen und der Arbeitslosenzahlen ebenso erklärt wie den Rückgang der Investitionen.

Dass es sich bei den Ansprüchen des Geldkapitals nicht mehr um Bagatelldrößen handelt wie noch vor einigen Jahrzehnten, zeigt ein weiterer Vergleich. So lagen in Deutschland 1970 die Bankzinserträge, die man mit den Schuldenlasten etwa gleich setzen kann, mit 25 Mrd Euro noch bei 21 Prozent der Nettolohngrößen, im Jahr 2001 mit 382 Mrd Euro dagegen bei 65 Prozent, und

bezogen auf die gesamten Steuereinnahmen erreichten sie sogar 80 Prozent! Da aber die Politik diese Scherenöffnung zwischen den Entwicklungen in der Realwirtschaft und dem Geldbereich offensichtlich als unvermeidbar betrachtet bzw. weitgehend sogar verdrängt oder gar nicht registriert, sind sich Parteien und Verbände in dem Ruf nach Wachstum nicht nur einig, sondern überbieten sich förmlich darin. Und vor dem Hintergrund der sozialen Folgen nachlassenden Wirtschaftswachstums traut sich kaum noch ein Politiker das Thema Umwelt in den Mund zu nehmen.

Was ist zu tun?

Da eine Anpassung des Wirtschaftswachstum an das Tempo der explosiven Zunahmen im Monetärbereich undenkbar ist, bleibt nur die Anpassung dieses Bereichs an die Gegebenheiten in der Realwirtschaft. Das heißt konkret, nur wenn die Zinssätze und damit die Wachstumsraten der Geldvermögen/Schulden auf die Wachstumsraten der Wirtschaft absinken, könnte die weitere Zunahme der Verteilungsspannungen verhindert werden. Und zu einer wirklichen Entspannung der Situation, die neben dem sozialen Frieden auch jenen mit der Natur einschließt, könnte es dauerhaft nur kommen, wenn alle vorgenannten Wachstums- und Anspruchsentwicklungen gemeinsam gegen Null tendieren. Das zumindest in den Industrienationen, die heute ihren Abstand zur übrigen Welt immer noch vergrößern.



Helmut Creutz am Rednerpult

Sowohl bei den Bündnis-für-Arbeit-Runden als auch den Tarifverhandlungen müsste sich also, neben Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat, auch das Geldkapital verpflichten, seine Ansprüche an der Entwicklung des



Eine Reihe interessierter Zuhörer

Sozialprodukts auszurichten. Dieser Effekt würde sich im übrigen von selbst ergeben, wenn der Knappheitsgewinn des Geldes, der Zins, genau so mit den Sättigungsentwicklungen in einer Wirtschaft gegen Null sinken würde, wie das bei den Knappheitsgewinnen auf den Gütermärkten der Fall ist. Und zustande käme diese Anpassung, wenn man die heutige Möglichkeit des Geldes, sich bei Sättigungsentwicklungen von den Kauf- und Kapitalmärkten zurück zu ziehen, unterbinden würde. Das wiederum wäre durch eine Umlaufsicherung möglich, die den regelmäßigen Kreislauf des Geldes von der Zins- und Inflationshöhe unabhängig macht. Mit ihr würden nicht nur die deflationären Gefahren sinkender Zinssätze ausgeschaltet, sondern auch die zukünftigen Inflationen auf Grund aufgestauter Nachfragepotentiale.

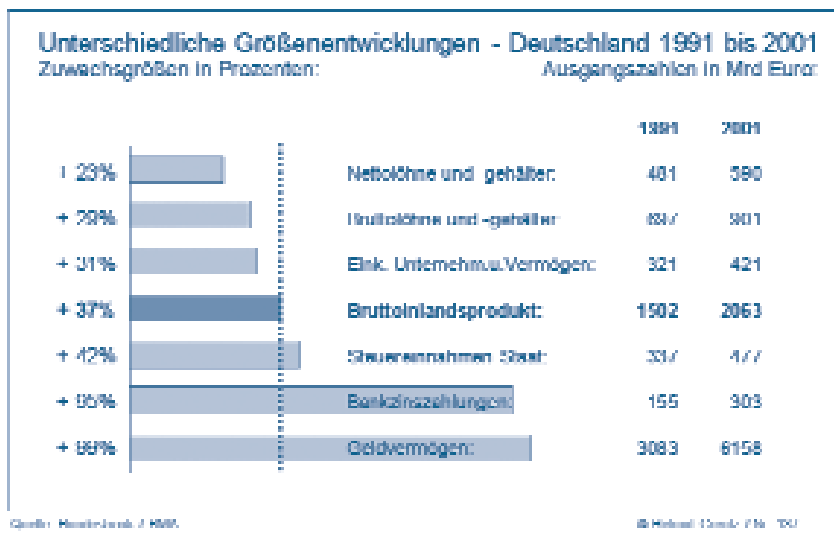
Eine solche zinsunabhängige Umlaufsicherung würde also die Geldmenge gewissermaßen automatisch auf

zungen der Arbeitszeiten neutralisiert werden, ohne das dies mit problematischen ökonomischen oder sozialen Folgen verbunden wäre. Das heißt, mit einem relativ kleinen Eingriff in die Funktion unseres Geldsystems würde es möglich, das Wirtschaftsgeschehen auch ohne Wachstum zu stabilisieren, selbst wenn die Zins- und Inflationsätze auf heute kritische Niedrigsätze sinken oder sich die Wirtschaftsleistung aus sättigungsbedingten Gründen stabilisieren oder zurück entwickeln sollte.

Dass eine solche Überwindung der heutigen problematischen Umverteilungsfolgen und des Wachstumszwangs enorme positive Folgen haben dürfte, bedarf sicher keiner näheren Erläuterungen. John Maynard Keynes hat bereits in den 30er Jahren in seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" darauf hingewiesen, dass eine solche Umlaufsicherung, von ihm als "Durchhaltekosten auf das Geld" (carrying costs) bezeichnet, "zum sanften Tod des Rentiers" führen würde und "der vernünftigste Weg" sei, "um allmählich die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden". Ohne diese angesprochene Steuerungskorrektur in unserem Geldsystem verbleibt uns nur die Alternative, entweder mit mehr Wachstum die ökologischen Kollapsgefahren zu beschleunigen oder mit weniger Wachstum die sozialen. Mit dieser Korrektur dagegen würde sich nicht nur die Politik aus dieser fatalen Zwickmühle befreien können, sondern es würde auch das Gespenst der klassischen Deflationen endgültig verschwinden, ebenso wie die Problematik der Kreislaufstörungen, die sich heute aus einer sättigungsbedingten Deflation ergeben.

Die Grafik zeigt, in welchem Umfang die Löhne in den letzten zehn Jahren gegenüber der Wirtschaftsleistung zurück geblieben sind. Damit nahmen auch die Möglichkeiten der Arbeitnehmer ab, die von ihnen zusätzlich geschaffenen Produkte selbst nachzufragen. Als Folge der geschwächten Nachfrage blieben auch die Unternehmenseinkommen hinter der Entwicklung des BIP zurück. Beides erklärt die ungenügende Investitionsbereitschaft der Unternehmen ebenso wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Warum es zu diesen Engpässen auf der Seite der Arbeit kam, wird aus den Entwicklungen der beiden unteren Größen sichtbar, die fast drei Mal so stark anstiegen wie das Sozialprodukt. Hätten die Zinsströme im Gleichschritt mit der Leistung zugenommen, wäre genügend Spielraum geblieben, die Löhne ebenfalls um 37 Prozent anzuheben.



eine optimale Größe regeln und die Zinssätze mit den Sättigungsprozessen marktgerecht gegen Null sinken lassen, ohne Gefahr des Umkippen in eine Rezession. Und die mit einem Rückgang des Verbrauchs bzw. der Wachstumsraten zusammenhängenden Beschäftigungsfolgen können bei Zinsen nahe Null durch flexible Kür-

Das INWO-Sommerfest war vor allem ein Geburtstagsfest

Es wurde, wie angekündigt, das 10-jährige Bestehen der INWO-D gefeiert und. Helmut Creutz' 80. Geburtstag wurde zum willkommenen Anlass genommen, ihm einmal zu sagen, wie sehr man seine Grundlagenforschung, seine Analysen und die klaren Aussagen in seinen Texten und Grafiken schätzen gelernt hat.

Noch dringender aber schien den meisten Freunden und Weggefährten das Bedürfnis zu sein, Helmut als Person zu ehren. Seine scheue Abwehr eines "Personenkultes" in seiner kurzen, bewegten und bewegenden Dankesre-

ein gefundenes Fressen für einen TV-Sender! (Der Film ist als VHS-Cassette zu beziehen bei www.INWO.de oder direkt bei: INWO-Versand, Tel. 095 02 - 92 13 66).

**Unsere Wünsche sind Vorgefühle
der Fähigkeiten, die in uns liegen.
Verbieten desjenigen, was wir zu
leisten imstande sein werden.**

Goethe

de wurde mit Schmunzeln quittiert, denn die Kombination aus hoher fachlicher Kompetenz und großzügiger Weitergabe seines Wissens hat ihn so nahbar für alle gemacht. Jeder der Helmut um Unterstützung bat, hat sie bekommen – ohne dass vorher geprüft wurde, ob der Empfänger überhaupt qualifiziert war, das Richtige damit anzufangen. Das liegt wohl vor allem daran, dass Helmut seine Arbeit nicht macht, um etwas für sich zu erreichen, sondern weil er sie schlicht als notwendig ansieht. Letztlich ist es ihm nur recht, wenn ein anderer einen Teil der Aufgaben übernimmt, denn er nimmt Helmut damit nichts weg – im Gegenteil. Zusammenarbeit, sich gegenseitig unterstützen durch Informationsaustausch und Zusammenbringen der unterschiedlichen Fähigkeiten – dazu ist Helmut jedes Mittel recht

Höhepunkt für alle Anwesenden war sicherlich der Film von Frieder Mayrhofer über Helmut Creutz: Auf ein Portrait von Helmut folgt ein Referat in Interviewform, in dem Helmut anhand seiner Grafiken die wichtigsten Erkenntnisse seiner Untersuchungen darlegt – eigentlich

Helmut und seine Frau Barbara, die (auch das wurde bei der Feier öfter angesprochen) einen großen Anteil an allem hat, mussten dann auch noch die Gesangskünste der Anwesenden über sich ergehen lassen – der Überschwang kannte keine Gnade! Und das, obwohl die Sektorkorken erst anschließend knallten und die INWO-D ihr Wunschziel von 400 Mitgliedern zum 10jährigen Jubiläum sogar überschreiten konnte!

Nicht vergessen werden darf allerdings, dass auch das Wetter und die Bewirtung durch Beate Bockting und ihren Mann Andreas Artmann (u.a. mit einer Grillparty) dem großen Ereignis gerecht wurden.

Eine gelungene Veranstaltung also, die hoffen macht, dass man sich in zehn Jahren wieder treffen wird – zum 20. Jubiläum der INWO-D und dem 90. von Helmut Creutz!

(Siehe auch den Bericht auf Seite 27)

Volker Freystedt

Ein Geburtstagsgeschenk von Margrit Kennedy:

Ein Kinderlied aus Neuseeland:

Teil 1:
Aroha is love
and if you give it away:
it comes right back to you

Teil 2:
It's almost like a magic Penny
hold it tight and you won't get any
lend it, spend it, give it away
and it comes right back to you.



Gefeiert wurde bis spät in die Nacht



Barbara und Margrit beim Singen



Rund ums Bargeld - 1. Teil

Bedeutung, Entwicklung, Umlauf, Hortung - Internationale Vergleiche - Umtausch DM / Euro



Helmut Creutz, Jg. 1923. Autor des Standardwerks "Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung", das 2001 als 5., komplett überarbeitete und erweiterte Neuausgabe im Econ-Verlag erschien.

20

Nach allgemeiner Vorstellung spielt das Bargeld in der Wirtschaft nur noch eine untergeordnete Rolle. Vergleicht man es mit anderen geldbezogenen Größen, z.B. mit der Geldmenge M3 oder den Geldvermögen, scheint diese Annahme auch berechtigt. Denn bezogen auf die Geldmenge M3 lag das in Umlauf gegebene Bargeld Ende 2002 nur bei 6 Prozent, bezogen auf die gesamten Geldvermögen sogar nur bei 1,4 Prozent. Selbst innerhalb der Geldmenge M1, in der das Bargeld mit den Sichtguthaben zusammen gefasst ist, lag der Anteil des Bargeldes nur noch bei 13 Prozent.

Diese Größenvergleiche mit den genannten geldbezogenen Beständen sind aber mit Vorsicht zu beurteilen, denn die sogenannte Geldmenge M3 und noch mehr die gesamten Geldvermögen setzen sich fast ausschließlich aus Guthabenbeständen zusammen. Diese aber stellen lediglich einen Anspruch auf Rückzahlung von Geld dar, sind also keinesfalls Geld und haben noch weniger mit der umlaufenden Geldmenge zu tun. Geld ist immer nur das, was wir beim Verleihen und damit Entstehen eines Guthabens hergegeben haben und bei der Kündigung wieder zurück erhalten. Geld ist gewissermaßen nur das 'Transportmittel', dessen Menge sich bei den 'Transportvorgängen' nicht verändert, gleichgültig ob zum Leihen, Kaufen, Schenken oder Tilgen eingesetzt.

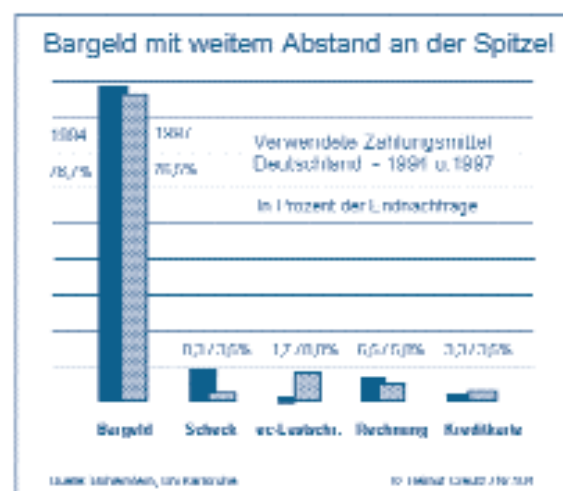
Selbst die Guthaben auf den speziellen Girokonten sind kein Geld, sondern sie ermöglichen uns nur, Zahlungen durch Guthabenübertragungen an Geldes statt abzuwickeln. Konkret: Wir können damit Zahlungen leisten, ohne das dafür notwendige Geld vom Konto abheben und als Empfänger dort wieder einzahlen zu müssen! Offizielles Geld, als gesetzliches Zahlungs- und Schuldentilgungsmittel anerkannt und annahmepflichtig, ist alleine das von den Notenbanken ausgegebene Bargeld, auch wenn seine Menge, gemessen an den übrigen Größen, gering ist und sogar zurückgeht. Doch selbst diese relativ geringe Bargeldmenge wird - wie wir noch sehen werden - nur zum Teil für Zahlungszwecke in der Endnachfrage eingesetzt.

Noch weniger ist diese Nutzung für die Endnachfrage bei den mehrfach größeren Sichtguthaben gegeben. Zwar werden diese, vor allem von den Unternehmen, hauptsächlich für marktbezogene Verrechnungen genutzt, aber diese fallen fast ausschließlich im Vorfeld der Endnachfrage an. Entscheidend für die Konjunktur aber sind allein jene Bestände, die - neben dem Bargeld - von den Verbrauchern als Zahlungsmittel in der Endnachfrage eingesetzt werden.

Außerdem werden auf diesen Girokonten, sowohl von den Unternehmen als auch den Privathaushalten, Einkommens-Überschüsse bzw. Ersparnisse in oft beträchtlicher Höhe angesammelt, bevor sie in längerfristige Anlagen umgebucht werden. Der Tatbestand, dass der Anreiz zu diesen Umbuchungen bei sinkenden Zinssätzen nachlässt, ist möglicherweise einer der Gründe, warum die Sichtguthabenbestände in den letzten zehn Jahren so stark angestiegen sind. Darüber hinaus dürften bei dieser Zunahme auch die Ausweitungen der Spekulationskassen eine Rolle gespielt, die im Zuge des Börsenbooms erforderlich wurden.

Welchen Anteil haben Bargeld und Sichtguthaben an der Endnachfrage?

Nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank wurden Mitte der 80er Jahre in Deutschland immer noch 83 Prozent der Endnachfrage mit Bargeld getätigt und nur 17 Prozent über girale Verfügungen. Eine neuere Untersuchung an der Universität Karlsruhe, bezogen auf die Jahre 1994 und 1997, hat zwar einen weiteren Rückgang der Bargeldnutzung bestätigt, wie die Darstellung 1 zeigt, wird jedoch das Bargeld immer noch als Hauptträger der Nachfrage ausgewiesen.



Wie aus der Aufschlüsselung der wichtigsten unbaren Zahlungsarten hervorgeht, unterliegen diese noch starken Schwankungen. Durch die technischen Neuerungen im Elektronikbereich, ist vor allem die Scheckbenutzung



erheblich zurückgegangen, zugunsten vor allem des ec-Lastschriftverfahrens. Noch stärker werden wahrscheinlich die neuen ec-Karten, die gleichzeitig auch als Geldkarten aufgeladen werden können, die Gewohnheiten zu Gunsten bargeldloser Zahlungen verschieben. Die Vermutung aber, dass das Bargeld bald ganz verschwinden wird, ist sicherlich wenig realistisch. Selbst in den USA, wo die Kreditkarten schon seit vielen Jahren reihenweise in den Taschen mit herumgetragen werden, dominieren in der Endnachfrage immer noch die Dollarnoten.

Die langfristigen Veränderungen der Bargeldhaltung

Zu diesem interessanten Thema hat die Deutsche Bundesbank im Frühjahr 2002 einen internationalen Vergleich veröffentlicht. Demnach ist die Bargeldhaltung in den meisten Ländern seit 1960 deutlich zurückgegangen. Am stärksten war der Rückgang in Frankreich, wo die Bargeldmenge, gemessen am BIP, auf weniger als ein Viertel absank. Selbst in der Schweiz, in der die Bargeldhaltung deutlich über allen anderen Ländern lag und auch heute noch liegt, kam es in den 40 Jahren zu einer Halbierung.

Aus dem Rahmen dieses allgemeinen Abstiegs-Trends fallen jedoch die Entwicklungen in Deutschland und in den USA. Hier kam es jeweils nur zu einem leichten Durchhängen in den 70er und 80er Jahren. Ansonsten entsprachen die Bestände im Jahr 2000 fast genau wieder denjenigen, mit denen die dargestellte Epoche begonnen hat. Das aber heißt, in beiden Ländern haben sich die Geldbestände weitgehend im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung entwickelt und heute relativ die gleiche Größe wie vor 40 Jahren. Eine interessante Parallele mit der deutschen Entwicklung zeigt in den 70er und 80er Jahren der niederländische Gulden, der allerdings über den gesamten Zeitraum ebenfalls auf die Hälfte abnahm.

Sicherlich gibt es für diese Entwicklungen und Entwicklungsunterschiede vielfältige Ursachen. Die aus dem Trend ausbrechenden Entwicklungen der DM und des Dollar, dürften jedoch entscheidend von dem Tatbestand bestimmt sein, dass diese beiden Währungen sowohl für die Reservehaltungen der Notenbanken als auch im In- und Ausland bevorzugt für Geldhortungen benutzt wurden. In Deutschland ging die Bundesbank bereits in den 90er Jahren davon aus, dass rund ein Drittel der DM-Noten ins Ausland abgeflossen sind, bei den Dollarnoten schätzt man den Auslandsanteil sogar auf zwei Drittel



Foto: R. Dragonffy

Nur der Tauschhandel
brauchte kein Bargeld

bzw. drei Viertel des ausgegebenen Bestandes. Dabei kommt beim Dollar noch hinzu, dass er in vielen Ländern auch als Zahlungsmittel benutzt wird, neben oder sogar an Stelle der Inlandswährungen, wie das auch bei der DM auf dem Balkan teilweise der Fall war. Auch der immer noch über Dollar und DM liegende hohe Bargeldbestand in der Schweiz dürfte weitgehend nur mit Geldhortungen zu erklären sein, vor allem wohl durch Ausländer, auch wenn diese Bestände in schweizerischen Schließfächern oft über Jahrzehnte deponiert sind. 

Fortsetzung im nächsten Heft.

ABC der Volkswirtschaft aus freiwirtschaftlicher Sicht



Hans-Jörg Willi, Jahrgang 1946, Sekundarlehrer sprachlich-historischer Richtung, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, wohnhaft in Arbon am thurgauischen Bodenseeufer, Ex-Präsident der evangelischen Kirchgemeinde

Abwertung

Aktie

Anlage

Arbeit

Aufschwung

Baisse

Bank

Bedarf

Börse

Cash

Crash

Deckung

Eigentum

Finanz

Fonds

Freiwirt

Geld

Gut

Guthaben

Hausse

Hortung

Index

Inflation

Kapital

Kaufkraft

Konkurs

Freiwirt (auch Freiwirtschaftler)

Als Freiwirte bezeichnet man nicht etwa Gastwirte ohne Ausschankberechtigung, sondern Menschen, die sich für eine Reform des Geldwesens und des Bodenrechts einsetzen. Durch die Absenkung des Zinsfusses auf ungefähr null und durch die Sozialisierung der Bodenrente wollen sie das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich stoppen, das gemeinschaftsschädigende Schmarotzertum beseitigen, arbeitsloses Einkommen aus der Arbeit anderer Menschen verunmöglichen und so

verhindern, dass Untätige (gemeint: Gesunde im erwerbsfähigen Alter) Leistungen zu Lasten Tätiger erhalten.

Mit anderen Worten: Die Freiwirtschaft will die Menschen von der Ungerechtigkeit der Zinswirtschaft befreien, ihnen zur rechtlichen und politischen Freiheit die natürliche, unverzerrte, unverfälschte Wirtschaftsfreiheit ohne Geld- und Bodenmonopole bringen.

GELD

Das neuhochdeutsche Wort Geld lautete althochdeutsch gelt und hatte die Bedeutung von Entgelt, Vergeltung, Ersatz, Vergütung. Und gelt gehört zum Verb gelten, dessen althochdeutscher Vorgänger gelten die Bedeutung von entrichten, erstatten, entschädigen, opfern hatte.

Als Geld gelten die Zahlungsmittel, also Bargeld und Buchgeld. Spareinlagen dagegen gelten als Guthaben oder Vermögen. Das Geld ist oder bedeutet ein Anrecht auf den Kauf eines Gutes im Sinn von Ware oder Dienstleistung. Jeder Geldschein berechtigt also zum Erwerb einer Sache im Betrag des aufgedruckten Wertes, weil die Banknote die beim Kauf entstandene Schuld deckt. Darum steht auf jeder Dollarnote, sie sei das "gesetzliche Schuldentilgungsmittel". Mehr oder weniger stetig im Umlauf tut das Geld vierlei: 1. Als landesweit verbindliche Maßeinheit misst es den Wert der Güter. 2. Als gesetzlich gültiges Zahlungsmittel (mit Annahmepflicht, aber ohne Weitergabepflicht) dient es zur Begleichung der Schulden. 3. (und am wichtigsten für unsere berufliche Arbeitsteilung:) Als kleinformatiges Kennzeichen vermittelt es den Tausch von Gütern. 4. Weil alterungsbeständig wie Gold, speichert es den Wert des Ersparten. Die vier Geldfunktionen jeweils mit einem

Wort ausgedrückt: Wertmessung, Zahlungsmittel, Tauschmittel, Wertspeicher.

Die Wertmessung ermöglicht erst die Preisbildung. Denn die veränderlichen Güterpreise ergeben sich aus der umlaufenden Geldmenge mal die Geldumlaufgeschwindigkeit geteilt durch die vorhandene Gütermenge. Anders gesagt: Die Nachfrage in Form von Geld geteilt durch das Angebot auf dem Markt macht den Preis aller Dinge. Im Gegensatz zu Meter, Liter, Kilo oder Stunde ist das Geld, zum Beispiel der Euro oder der Franken, jedoch keine feste Maßeinheit. Denn zusammen mit den Spareinlagen unterliegt es einem schleichenden Wertverlust.

Das Geld in seiner preisgünstigen Form von Banknoten und Buchungen dient als Verkehrsmittel: "Money makes the world go round." Und gleichzeitig herrscht es als Machtmittel: "Geld regiert die Welt." Der Grund dieses Widerspruchs von gleichzeitigem Dienen und Herrschen, Treiben und Bremsen liegt im fehlenden Weitergabepflicht. So wirkt dasselbe Geld als Öl und als Sand im Getriebe der Wirtschaft. Im Gegensatz dazu gab es zu verschiedenen Zeiten Geld mit Weitergabepflicht – also ohne Wertspeichervermögen –, welches jeweils einen breiten und friedlichen Wohlstand ermöglichte.

GUT

Älter als das Nomen Gut ist das Adjektiv gut. Und das Doppelwort Landgut meint eine zu bewirtschaftende Fläche. Als wirtschaftliche Güter versteht man Rohstoffe, Fertigwaren und Dienstleistungen. Die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen durch Maschinen senkt die Beschäftigung in diesen Bereichen und gleichzeitig die Warenpreise. Umgekehrt wachsen die Beschäftigung und der Arbeitspreis bei den Dienstleistungen. Diese beiden Entwicklungen gleichen einander nicht aus, um so mehr, als mit dem Einsatz des Computers auch die Arbeit im Dienstleistungsbereich zusehends einem Rationalisierungsdruck unterliegt.

Allgemein schwindet die Erwerbsarbeit zu Gunsten des Freizeitbereichs, was alle begrüßen. Aber auch das hat seinen Preis. Zwar verlangen Maschinen keinen Lohn und keine Nebenkosten, bedingen jedoch Zins für das darin investierte Kapital. Dieser wird dann auf die Produktpreise geschlagen und

von uns allen berappt, wessen wir uns allerdings in der Regel gar nicht bewusst sind. Zudem erfordern Maschinen Energie, die grösstenteils aus Brennstoffen (Erdöl, Kohle) oder aus Spaltstoffen (Uran, Plutonium) stammt. Die ersteren erhöhen den CO₂-Anteil der Luft, und die letzteren gefährden die Umwelt, beides verbunden mit hohen Kosten und mit krankmachenden Folgen.

Die Freiwirtschaft könnte diese Entwicklungen nur zum Teil ändern, jedoch zumindest verlangsamen. Dank tieferer Zinsen würden die (arbeitslosen) Kapitaleinkommen sinken. Umgekehrt würde die menschliche Arbeit aufgewertet und ihr Ersatz durch Maschinen wäre weniger dringlich oder könnte durch Arbeitszeitreduktionen statt Arbeitslosigkeit kompensiert werden. Dadurch kämen ökologische Verbesserungen leichter und schneller zum Durchbruch und die Belastung unserer natürlichen Lebensgrundlagen würde abnehmen.

GUTHABEN

Mein Guthaben umfasst das, was ich zu gut habe, indem ein anderer es mir schuldet, wofür ich eine Art von Gutschein als Bescheinigung besitze, seit er meinen Kredit erhalten hat.

Kredit kommt von lateinisch cre-dere, ursprünglich

cor dare, was Herz geben bedeutet, im Sinne von Vertrauen schenken, nämlich dass der andere mir mein Guthaben, gewöhnlich den ausgeliehenen Geldbetrag, zum festgelegten Zeitpunkt im ursprünglichen Umfang zurückzahlen wird.

HAUSSE

Das französische Wort Hausse ist verwandt mit deutsch hoch und bedeutet einen Anstieg der Aktienkurse. Das Symbol der Börsenhausse ist – als feuriges Tier – der Stier. Der Handelswert zieht an, die Kurse steigen, wenn gute Dividenden winken. Und das ist der Fall bei allgemeinem oder zumindest partiellem Wirtschaftswachstum. Allgemeines Wachstum herrscht nach einer Wertvernichtung, einer Naturkatastrophe oder einem Krieg. Partielles Wachstum hat seine Quelle in neuen Geschäftszweigen, wie etwa zuletzt gesehen beim e-commerce.

Gelegentlich erliegen Manager der Versuchung, ihre Geschäftsbilanz zu schönen, um Kursgewinne zu er-

zielen oder zumindest Kursverluste zu vermeiden. Die Hausse wird zusätzlich gefördert, wenn vermehrt auch Kleinanleger Aktien kaufen. Martin Ebner nannte dies "Aktiensparen". Ein solches "Fieber" kann die Beschäftigung erhöhen, allerdings etwas verzögert. Es kann aber auch mit einem verstärkten Fusions- und Rationalisierungsdruck einhergehen, weil die Unternehmen die Gewinnerwartungen für ihre Aktien möglichst in die Höhe schrauben wollen. Jede Hausse strebt zur Übertreibung und bildet dann eine spekulative Blase, die irgendwann platzt und nach unten berichtigt wird, was zur Baisse überleitet. Deshalb gleicht das Börsengeschäft einer Achterbahn.

Konsum

Konto

Konzern

Kurs

Land

Lohn

Markt

Nachfrage

Pacht

Plan

Politik

Preis

Produkt

Rente

Schuld

Schwund

Staat

Teuerung

Umlauf

Verband

Wachstum

Währung

Wechsel

Wirtschaft

Zins

Internet-Offensive der INWO international

Generalversammlung am 22. Juli 2003 in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal

Ein informelles Netzwerk für Geld- und Bodenreformer aus aller Welt – das will die INWO international in den kommenden Monaten schaffen. Über das Internet sollen Informationen weltweit gesammelt und allen Interessenten zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen neue Kontakte geknüpft, alte gepflegt und miteinander vernetzt werden. Das wurde bei der Generalversammlung der INWO international am Rande der FJVD-Tagung im Juni beschlossen.

Als erster Schritt soll eine Internetplattform geschaffen werden, die die entsprechenden Funktionen bietet. Die Webmaster der INWO Deutschland werden dazu ein Konzept erarbeiten. Magrit Kennedy und Werner Onken haben neben anderen zugesagt, ihre zahlreichen Kontakte im Ausland mit einzubringen.

In den vergangenen Monaten war durch den Präsidenten der INWO international, Klaus Popp, bereits ein anderes Internetprojekt angeschoben worden, das nun bei der Generalversammlung in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal-Nevinges durch Jens Hakenes vorgestellt wurde. Mit Hilfe eines Internet-Kalenders sollen die Termine möglichst aller freiwirtschaftlichen Vereinigungen an einer Stelle gesammelt und veröffentlicht werden.

Sämtliche vertretene Organisationen (INWO-i, INWO-D, INWO-CH, FJVD/SGT, CGW, Zeitschrift für Sozialökonomie, Humanwirtschaft, Seminar für freiheitliche Ordnung, Alternativen) haben sich für eine Realisierung dieses Gemeinschaftsprojektes ausgesprochen.

Außerdem wurde ein neuer Vorstand gewählt. Klaus Popp ist

dabei als Präsident der INWO international bestätigt worden. Ralf Becker, Jens Hakenes (Deutschland), Marco Lustenberger und Cäsar Schmid (Schweiz) sind weitere Vorstandsmitglieder der INWO international.

Autor:

Jens Hakenes

Email: mail@Jens-Hakenes.de

Klaus Popp

Email: Klaus.popp@inwo.de

Links:

INWO international

<http://www.inwo.org>

Fremdsprachiges Material zur Boden- und Geldreform

<http://www.geldreform.de>

<http://www.sozialoekonomie.info>

Vorschau

auf die Nummer 19 der r-evolution

Das Hauptthema des nächsten Heftes wird ein Bericht über das Schweizer Sozialforum sein, das vom 19.-21. September dieses Jahres in Fribourg stattfindet. Außerdem wagen wir eine vorausschauende Einschätzung des Europäischen Sozialforums in Paris und des geplanten Sozialforums in Deutschland. Dies soll uns auch Anlaß sein, noch einmal an den Geist des Weltsozialforums Porto Alegre zu erinnern und seine Wiederbelebung einzufordern.



Ein entspannter "Präsident"



Gedanken von Adolf Paster

Adolf Paster, geb. 1930, Gründer und Präsident der NGO HIFA (Hilfe für alle), Schriftleiter der ZEITUNG DER NÄCHSTENLIEBE sowie des HIFA-PRESSE-DIENSTES. Gründer der INWO-Österreich (1992). Seit 1961 Mitarbeit in der Fraternität der kranken und behinderten Personen Österreichs.

Kapitalistische Marktwirtschaft

- ist zins- und zinseszinsorientiert, Profitmaximierung oberste Zielsetzung
- ist Ausbeutung von Mensch und Natur ohne Rücksicht auf die daraus sich ergebenden Schäden
- ist absolute Hierarchie des Geldes: Der Mensch wird nicht nach seiner göttlichen Ebenbildlichkeit, sondern nach seinem Nutzeffekt beurteilt (Sklavenebene)
- ist gegenseitige Beraubung, wird aber nicht als krimineller Akt angesehen, sondern wird mit polit-juristischen Mitteln abgedeckt. Militärische Machtmittel werden durch solche Zielsetzungen legalisiert. Konflikte und Kriege sind daher kein Zufallsprodukt, sondern logische Folge dieses Raubsystems
- braucht Vergangenheitsbewältigung und ist daher leicht als erpresserische und räuberische Absicht durchschaubar. Lüge, Erpressung, Raub, Unterdrückung sowie Vernichtung von Mensch und Natur wird als naturgesetzlich hingestellt. Die eigene Schuld wird verharmlost!

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

- Nur durch Arbeit entstehen markt- und eigentumstaugliche Produkte. Die Frucht aus dieser Arbeit steht jenen zu, die diese Produkte geschaffen haben.
- Ohne Ausbeutung kann ein Familienerhalter mit 4 Stunden Arbeit im Tag seine Familie ernähren und kleiden, und seinen Kultur- und Mobilitätsanspruch befriedigen.
- Wenn alle Menschen ihren ihnen zustehenden Anteil an den Produkten und Dienstleistungen erhalten, besteht kein Anlass zu sozialen Konflikten und Kriegen.
- Wer die WAHRHEIT liebt, braucht kein sündteures Militär, denn die WAHRHEIT befreit uns von den Lasten eines verlogenen Systems. Daher: MARKTWIRTSCHAFT ohne Kapitalismus!

Vorschau auf Oktober/November 2003

Wien XX: Freitag, 3. Oktober 2003, 18,30 VOLLVERSAMMLUNG der Inwo im Saal der Hifa-Austria, Wien 20., Staudingergasse 11. Verantwortlich: Mag. Bernhard Paster, 01 330 04 25, Fax 19 DW. E-Mail: office.paster@eunet.at.

Wien XX: Samstag, 4. Oktober 2003, 16.00 Uhr Generalversammlung der Hifa-Austria, Wien 20., Staudingergasse 11. Verantwortlich: Adolf Paster, Tel. 01 330 04 25, Fax 19 DW. E-Mail: frat-hifa-inwo@utanet.at.

Vortrag von

HERMANN BENJES, Autor des Buches: "Wer hat Angst vor Silvio Gesell?"

"FRIEDEN KOMMT VON ZUFRIEDENHEIT"

Das Ende der Zinswirtschaft bringt Arbeit, Wohlstand und Frieden für alle!

FREITAG, 07. NOVEMBER 2003, 19.00 Uhr
1230 Wien, Ketzergasse 105, ebenerdig (Nähe Endstation U 6 / "Siebenhirten")

Eintritt /Spende: € 5,-

**Nichts ist so mächtig
wie eine Idee, deren
Zeit gekommen ist."**

(Viktor Hugo)

Im Zeichen des Apfelbaumes

Dieses Jahr fiel die gemeinsame Tagung von CGW und INWO mit der Blütezeit des ehrwürdigen alten Apfelbaumes im Klostergarten des Karmelitenklosters von Birkenwerder zusammen.

"Für eine Landwirtschaft im Dienst von Mensch und Natur" war das diesjährige Motto dieser traditionellen Veranstaltungsreihe vom 1. bis. 4. Mai. Es sollte uns Einblicke in die Situation der Landwirtschaft gewähren und die Wege aufzeigen, die für eine Gesundung der Verhältnisse beschritten werden können.

Zu Beginn legte Prof. Roland Geitmann in einem beeindruckend kurzen Vortrag die Grundlagen der Geld- und Bodenrechtsreform dar.

Einen überzeugenden Einstieg in die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft lieferte uns das Referat von Cornelia Roeckl von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Die Landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen zwischen Ost und West unterscheiden sich immer noch deutlich in der durchschnittlichen Betriebsgröße und dem Eigentumsanteil. Ansonsten ist die wirtschaftliche Situation,

sondern die bearbeitete Fläche gefördert. Frau Roeckl verwies auf die Stärkung der Verbraucherinteressen und auf Handlungsmöglichkeiten der Höfe, wie z.B. die Umwandlung in gemeinnützige Höfe.

Die weltweite Bedeutung der Kleinlandwirtschaft und der Gärten für die Nahrungsmittelproduktion wurde von Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen hervorgehoben. Doch auch auf diese Kleinstflächen wird der Verwertungsdruck immer größer. So ist beispielsweise der Anbau in den Datschengärten rund um Moskau aufgrund der gestiegenen Bodenpreise gefährdet.

Die Bedeutung der Eigentumsfrage des Bodens wurde uns drastisch durch den Beitrag des brasilianischen Pfarrers Hans Train, dessen Großeltern nach Brasilien ausgewandert sind, vor Augen geführt. Bis heute gab es in Brasilien keine Agrarreform und ein Großteil der Landbevölkerung ist von der eigenen Bodennutzung ausgeschlossen, da das Land unter Großgrundbesitzern aufgeteilt ist. Der Videofilm schilderte den sozialen Kampf der Landlosenbewegung in bewegenden Bildern.

Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Landwirtschaft in Polen wurde von dem polnischen Studenten Marcin Wawrzyn aus Bialystok in eher düsteren Farben gemalt.

Eine unter Naturschutzgesichtspunkten abgestimmte Agrarnutzung wurde am Beispiel des Naturschutzhofes Brodowin in der Uckermark in Nordbrandenburg vorgestellt. Hier wird auf den Flächen des ökologischen Landwirtschaftsbetriebes Ökodorf Brodowin GmbH untersucht, durch welche Bearbeitungsmaßnahmen und mit welchen Kosten sich die Bedingungen für bestimmte Zeigerarten des Agrarraumes optimieren lassen.

Der Kreis zu den Gestaltungsmöglichkeiten und des Einflusses der Verbraucher schloss sich mit dem Vortrag von Brigitta Poppe von der Verbraucher-Initiative Berlin. Sie schilderte ihr Engagement für eine verbands- und vereinsübergreifende Plattform für eine andere Agrarpolitik. In diesem Agrarbündnis sind zahlreiche Naturschutz-, Umwelt- und Landbauverbände, die Verbraucherinitiative e.V. u.a. zusammengeschlossen um gemeinsam an einem Gegenentwurf zur europäischen Agrarpolitik zu arbeiten.

Insgesamt trug die abwechslungsreiche Beköstigung, die ruhige Moderation durch Werner Onken und Prof. Roland Geitmann, das einladende Wetter und nicht zuletzt der blühende Apfelbaum zu einer angenehmen Tagungsatmosphäre bei, die ebenfalls den folgenden Tagungen im Gästehaus des Karmelitenklosters von Birkenwerder zu wünschen wären.



wie den meisten bekannt sein dürfte, von Hofaufgabe und Arbeitsplatzabbau geprägt. Neu für viele war die Tatsache, dass es dem Biolandbau wirtschaftlich kaum besser geht.

Die heutigen Instrumente der EU-Agrarpolitik fördern nicht eine menschen- und umweltgerechte Landwirtschaft. Bis jetzt werden keine Arbeitskräfte pro Betrieb,

Mathias Bartsch

Unser INWO Sommerfest 2003 war ein voller Erfolg. 60 TeilnehmerInnen, viel Sekt und viel Grund zum feiern!

Ein Bericht von Klaus Popp über das INWO Sommerfest in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte am 18. – 20. Juli 2003 in Wuppertal

Beinahe nebenbei wurden die zahlreicher werdenden Aktivitäten des Vereins präsentiert und Absprachen für das weitere Vorgehen getroffen. Erfreulich, dass sich einige Strukturen der Verantwortlichkeit festigen und so eine weiterreichende Planung möglich wird. Insbesondere das INWO-Werbematerial, die Standlogistik und das Internetangebot konnten erneut mit Verbesserungen glänzen. Bemerkenswert auch das hervorragende Erscheinungsbild der r-evolution, die inhaltlich wie optisch immer besser wird.

Die Bilanz des hinter uns liegenden Jahres kann sich sehen lassen:

Es wurden 10 neue Aktive gewonnen.

Wir konnten 100 neue Mitglieder aufnehmen.

1000 mal wurde die CD "Fluss des Geldes" bereits verkauft.

Der Flyer "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" wurde 10.000 mal verteilt,

alleine im Juni 03 wurden 15.000 Seiten unseres Internetangebotes angeklickt und

beinahe 30.000 Bierdeckel konnten unter Volk ge-

bracht werden.

Weiter wurden das INFO-Blatt "Knöllchen für die Spekulanten" und das A3 Faltblatt "Das Thema Geld..." neu aufgelegt.

Es wurden Veranstaltungsplakate entworfen und der "Pressespiegel" auf www.INWO.de konnte um etliche interessante Zeitungsartikel erweitert werden.

Auf Anregung von Frank Böhner wurde die Idee aufgegriffen, einen Schülerzeitungs- Wettbewerb zu organisieren.

Für die Öffentlichkeitsarbeit wird u.a. eine Pressemappe zusammengestellt. Sie soll es Veranstaltern erleichtern, die INWO gegenüber der Presse und anderen Interessenten zu präsentieren.

Zum Thema Vollbeschäftigung wird ein preisgünstiger A4 Flyer erstellt.

Diese und etliche weitere Aktivitäten haben die ca. 20 Teilnehmer/-innen des Aktiventreffens am Sonntag beflügelt, sich ein neues Mitgliederziel zu setzen:

"500 plus x, darunter geht nix!" so das Motto. Angepeilt ist die Realisierung bis zum Jahresende.

Daraus ergibt sich daraus folgendes Bild:

2000 und 2001 hatte die INWO durchschnittlich alle zweieinhalb Wochen ein neues Mitglied gewinnen können. Von Januar 2000 an brauchten wir für 100 neue Mitglieder 3 Jahre. Für die letzten 100 Mitglieder haben wir jetzt 12 Monate gebraucht und die nächsten Hundert werden wir in fünf Monaten schaffen. Manchmal braucht es eben exponentielles Wachstum, zumindest für einen begrenzten Zeitraum.

Da wir in absehbarer Zeit eine einflussreiche Organisation sein wollen, die nicht mehr übersehen werden kann, gibt es noch einiges zu tun.

Blühende Hochschullandschaft im Osten Deutschlands

INWO-AG an der Universität Leipzig gegründet

Seit Mitte Juli ist es offiziell: Die erste Hochschulgruppe der INWO nimmt in Leipzig ihre Arbeit auf. Mit der Berliner Initiative für neutrales Geld (BING) und der Dresdner AG NWO ist nun eine dritte Regionalgruppe im Osten Deutschlands in Sachen Geld- und Bodenreform aktiv.

Am Rande eines Vortrags von Klaus Popp (INWO-Geschäftsführer), organisiert durch Nicole Palinsky und den Autor, wurden die ersten Kontakte in der Olympiabewerberstadt geknüpft. Bei Treffen in den folgenden Wochen wurde dann unter anderem die Idee der ersten Hochschulgruppe geboren.

Mit der organisatorischen Basis an der Universität Leipzig wollen die Leipziger INWoler vor allem unter den etwa 28.000 Studierenden Mitstreiter für die Geld- und Bodenreformsache gewinnen. Ältere Semester sind natürlich nicht ausgeschlossen. Die INWO-Hochschulgruppe ist offen für alle!

Jens Hakenes, Telefon: 0341 22536768
Email: mail@Jens-Hakenes.de



Neuer Eingang der Tagungsstätte



Es wird gefeiert!



Pausengepräche

Keine Mithilfe bei Militäreinsätzen

Die Schweizer Armee will auf Video aufgezeichnete Interviews mit Demonstranten im Rahmen interner Ausbildung jenen Soldaten vorführen, die sich für militärische Einsätze bei Demonstrationen zur Verfügung stellen. Die für solche Interviews Angefragten haben mit einer ablehnenden Presseerklärung reagiert. Die INWO Schweiz ist Mitglied beim Oltner Bündnis und unterstützt mit Überzeugung die Inhalte der Presseerklärung.

Presseerklärung der Anti-WTO Koordination Bern, Antifa Bern, Jugend gegen Krieg, Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule.

Keine Mithilfe bei der "Verbesserung" von Militäreinsätzen gegen Protestierende! Zwei Mitarbeiter vom Pädagogisch-Psychologischen Dienst der Schweizer Armee (PPD) haben die AktivistInnen des autonomen Kulturzentrums Reitschule für Mithilfe bei der Erstellung eines Lehrmittels für Armeeingehörige angefragt. Damit sollen die Soldaten besser für "subsidiäre Dienste", wie zum

Beispiel bei Demonstrationen, vorbereitet werden. Die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR), die Anti-WTO Koordination Bern, die Antifa Bern und die Jugend gegen Krieg, welche alle im Kulturzentrum Reitschule aktiv sind, lehnen die Zusammenarbeit mit der Armee mit aller Entschiedenheit ab. Statt einer Verbesserung der Militäreinsätze gegen die Bevölkerung fordern wir die Abschaffung derartiger Einsätze.

Anfang Juli bekam die Reitschule Bern von zwei Herren des psychologisch-pädagogischen Diensts der Schweizer

Sehr geehrtes Kollektiv

Der Psychologisch-Pädagogische Dienst der Armee PPD befasst sich zur Zeit unter anderem mit einem Projekt das den Namen Aggression trägt. Worum geht es in diesem Projekt, werden Sie fragen, und was hat dieses Projekt mit Ihnen zu tun? Die Armee befindet sich im Wandel. Sie muss sich dem Wandel der Gesellschaft anpassen und versuchen im Rahmen ihres Auftrags auf deren Bedürfnisse einzugehen.

Das Projekt wurde vom PPD initiiert und steht unter der Leitung des Chefs dieses Dienstzweigs. Ziel des Projekts ist es, ein Lehrmittel zu Gunsten der Angehörigen der Armee zu erstellen. Die Milizsoldaten, welche sich in der Lage finden, in subsidiären Einsätzen wie G8 oder WEF und ähnlichem eingesetzt zu werden, sollen mental auf solche Einsätze vorbereitet werden. Wenn wir den Begriff Milizsoldaten benutzen, dann meinen wir damit Privatleute, die einen solchen Einsatz leisten müssen, vielleicht ohne dies mit viel Motivation tun zu wollen, weil sie sich den Menschen im Demonstrationszug ebenfalls verbunden fühlen und deren Beweggründe und politische Ansichten u.U. sogar teilen. Diesen Soldaten wollen wir das Rüstzeug mitgeben, mit Konfliktsituationen und dem damit verbundenen Stress besser fertig zu werden, damit es nicht zur Eskalation kommt. Die Zielsetzung zeigt auf eine deeskalierende Haltung und Verständnis gegenüber konflikträchtigen Situationen, wie sie zum Beispiel anlässlich von Demonstrationszügen leider häufig vorkommen.

Dazu bitten wir Sie um Ihre Mithilfe. Teil des Projekts Aggression ist es, Interviews mit Personen aus Armee und Polizeikorps durchzuführen, welche über ihre Erfahrungen mit Ordnungsdienst-Einsätzen und dem Umgang mit Aggressionen und Konfliktsituationen berichten. Uns ist aber wichtig, nicht nur die Kräfte auf der einen Seite zu Wort kommen zu lassen, sondern im Gegenzug auch die Meinung und die Erfahrungen der Gegenkraft einfließen zu lassen. Unsere Absicht ist ausdrücklich ein Gleichgewichtsverhältnis zur gegenseitigen Verständigung zu schaffen, wo auch andere Meinungen als die der "Ordnungskräfte" eine Plattform finden. Diese Interviews finden zum Teil nach einem für alle gleich bleibenden Frageschema statt. Ebenfalls steht Raum offen, um über persönliche Eindrücke zu sprechen.

Die Interviews werden auf Video aufgezeichnet und nach der Auswertung durch uns als Kurzsequenzen in die Präsentation einfließen. Wir verfolgen das Ziel, prägnante Meinungen und Aussagen zu erhalten, um den Angehörigen der Armee eine praxisnahe Präsentation bieten zu können. Die Menschen, die sich bereit erklären, uns für eine gute Sache zur Verfügung zu stehen, müssen damit einverstanden sein, dass sie gefilmt werden und ihre Erklärungen in ein Lehrmittel der Armee einfließen wird. Den Personen, die sich uns zur Verfügung stellen, um ihre Eindrücke zu schildern, sichern wir äusserste Diskretion zu.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich mit uns in Verbindung setzen würden, um Einzelheiten zu erläutern und offene Fragen zu beantworten. Möglicherweise sind Sie nicht der richtige Ansprechpartner für unser Anliegen. Dann wären wir erfreut, wenn Sie sich bereit erklären könnten, uns an die Antifa-Bewegung zu empfehlen. Auf Ihre wohlwollende Antwort hoffend verbleiben wir.

Psychologisch-Pädagogischer Dienst PPD, Projektleiter Aggression / PPD, Fachof Dominik Messerli & Michael Riesen

Armee (PPD) Besuch. Sie erhofften sich Mithilfe von AktivistInnen bei einer Evaluation von subsidiären Armee-Einsätzen und der Erstellung eines Lehrmittels für Soldaten. Auf Aufforderung der Angesprochenen formulierte der PPD sein Anliegen schriftlich (siehe Kasten). Ziel des Projekts mit dem Namen "Aggression" sei es, schrieb der PPD, die Armeeangehörigen mit einem Lehrmittel besser auf subsidiäre Militäreinsätze zur Wahrung der "inneren Sicherheit" wie rund um den G8-Gipfel in Evian oder das Weltwirtschaftsforum in Davos vorzubereiten und die Einsätze damit zu verbessern. Als Problemfeld betrachten die Herren des PPD insbesondere die persönlichen Konflikte von Soldaten, die "sich mit den Menschen im Demonstrationszug ebenfalls verbunden fühlen und deren Beweggründe und politische Ansichten u.U. sogar teilen".

Wir nehmen hierzu wie folgt Stellung: Es ist nicht in unserem Interesse, die Gewissenskonflikte von Soldaten, die gegen DemonstrantInnen eingesetzt werden, zu beschwichtigen oder zu verringern. Statt dessen möchten wir die Soldaten dazu ermutigen, solche Einsätze grundsätzlich offen abzulehnen und sich an das im Vorfeld des G8-Gipfels entstandene Soldatenkomitee zu wenden (<http://g8verweigerung.ch.vu/>). Das Soldatenkomitee unterstützt Soldaten, die

einen Militäreinsatz gegen die demonstrierende Bevölkerung nicht leisten wollen und einen Ausweg suchen. Wir sehen in der geplanten Studie weiter den Trend, das neue Betätigungsfeld der Armee im Innern zu konsolidieren oder gar auszubauen. Der subsidiäre Einsatz von Milizsoldaten zum Schutz von Gipfeltreffen soll zum Normalfall werden, was wir mit aller Vehemenz ablehnen. Während die Behörden anlässlich des Armee-Einsatzes am G8-Gipfel noch beteuerten, dass Soldaten nur im Hintergrund eingesetzt würden und mit den DemonstrantInnen nicht in Kontakt kämen, scheint jetzt ein Ausbau des Einsatzbereichs anzustehen: Die Soldaten, so schreibt der PPD in seiner Anfrage, sollen das "Rüstzeug" bekommen, um "mit Konfliktsituationen und dem damit verbundenen Stress besser fertig zu werden". Wir verstehen dies dahingehend, dass künftig der direkte Kontakt von Armeeangehörigen mit protestierenden Menschen nicht mehr kategorisch ausgeschlossen wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Erteilung des Schiessbefehls an die aufgebundenen Soldaten anlässlich



des Einsatzes der Schweizer Armee rund um das G8-Treffen in Evian zu sehen. Was dies bedeuten könnte, zeigen die Ereignisse während einer antifaschistischen Demonstration in Genf aus dem Jahr 1932: Hier schossen Milizsoldaten auf die demonstrierenden Menschen, wobei 13 getötet und über 60 verletzt wurden.

Es ist unser Recht und Teil unserer sozialer Verantwortung, gegen Gipfel-treffen zu protestieren, an denen die Mächtigen militärische und soziale Kriege planen und vorantreiben, die für Millionen von Menschen verheerende Auswirkungen haben. Wir wehren uns sowohl gegen die Beschränkung der Rechte der Bevölkerung sowie gegen Militäreinsätze rund um die Gipfeltreffen. Daher erachten wir die Anfrage des PPD, bei der "Ver-

besserung" von Militäreinsätzen gegen die demonstrierende Bevölkerung mit-zuhelfen, als absurd. Wir lehnen jegliche Mitarbeit bei der "Verbesserung", bzw. subtileren Ausgestaltung der Militäreinsätze vollumfänglich ab. Statt dem Ausbau der Repression und der Schaffung von gesellschaftlicher Akzeptanz dafür, fordern wir, dass keine Soldaten mehr gegen

Demonstrierende und für die Wahrung der sog. "inneren Sicherheit" eingesetzt werden dürfen.

Der PPD bat uns in seinem Brief, die Anfrage zur Mitarbeit bei diesem Projekt an andere GegnerInnengruppierungen von Gipfeltreffen weiterzuleiten, falls wir nicht daran teilnehmen wollten. Wir werden dies aus den oben genannten Gründen nicht tun und hoffen, dass alle anderen linken Gruppierungen, welche diesbezüglich vom PPD kontaktiert wurden, die Kollaboration mit der Armee ebenfalls verweigern. Gemeinsam für eine Abschaffung von Militäreinsätzen gegen die demonstrierende Bevölkerung!

Bern, 16.7.2003

Seit 25 Jahren dem Geld auf der Spur...

Allianzpartner stellen sich vor: Die Aktion Finanzplatz Schweiz

Die Aktion Finanzplatz Schweiz wurde 1978 gegründet, um im Umfeld der Volksinitiative "Gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht" (Banken-Initiative) die skandalösen Auswirkungen der Schweizer Finanzplatzpolitik auf die Wirtschaft in den Ländern des Südens zu thematisieren. Die Initiative artete im Vorfeld der Abstimmung zu einem wahren Banken-Propaganda-Krieg aus und wurde im Mai 1984 an der Urne abgelehnt. Eine detaillierte Abstimmungsanalyse zeigte, dass die Mehrheit der Stimmenden Massnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht befürworteten, was

das Team der AFP zur Weiterarbeit motivierte. Mit Blick auf die Auswirkungen auf die Länder des Südens werden seither verschiedene Themen des Finanzplatzes Schweiz kritisch analysiert und eingehend debattiert. Durch Lobby- und Kampagnenarbeit mischt sich die AFP in politische Entscheidungsprozesse ein. Einige Themen wurden inzwischen von einer breiteren Öffentlichkeit aufgenommen und erhielten einen Platz ausserhalb der AFP.

Zum Beispiel: Die Alternative Bank Schweiz (ABS)

Im November 1987 rief die AFP zusammen mit 60 andern Organisationen und rund 100 Einzelpersonen eine Trägerorganisation zur Gründung der Alternativen Bank Schweiz (ABS) ins Leben. Bei der Erarbeitung der Grundlagenpapiere übernahm die AFP die Federführung für die Ausarbeitung der ethischen Anlage- und Kreditrichtlinien. Die ABS erhielt im August 1990 die Betriebsbewilligung und hat heute einen festen, alternativen Platz in der Schweizer Bankenlandschaft.

Zum Beispiel: Die Marcos-Gelder

Nach Bekanntgabe der Blockierung der Konten des philippinischen Ex-Diktators Marcos in der Schweiz 1986, gelangte die AFP mit einem Pressecommuniqué an die Öffentlichkeit, in dem sie den Bundesrat aufforderte, aktiv an einer raschen Repatriierung der Gelder mitzuwirken. Als 1995 philippinische Menschenrechtsoffer Anspruch auf die Marcos-Gelder erhoben und Schadenersatz für die erlittenen Menschenrechtsverletzungen forderten, brachte die AFP die Marcos-Geschichte über Medienarbeit vermehrt ins Licht der Öffentlichkeit und lobbiierte für angemessene Entschädigungszahlungen. 1997 anerkannte die Schweizer Regierung die Legiti-



mität dieser Forderungen; das Bundesgericht verpflichtete die philippinische Regierung zu Entschädigungszahlungen. 1998, nach 12jähriger Blockierung auf Schweizer Banken, wurden die Marcos-Gelder endlich auf ein philippinisches Sperrkonto transferiert. Mitte Juli dieses Jahres sind die 660 Millionen Dollar vom obersten philippinischen Gericht der Regierung Philippinens zugesprochen worden.

Finanzplatz Schweiz und Menschenrechte

In den letzten Jahren sind zu den bis heute aktuellen Forderungen nach mehr Transparenz und Gerechtigkeit im Finanzgeschäft weitere Schwerpunkte ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit gerückt: Die Ablehnung der Rückzahlungspflicht der von Diktatoren geerbten Schulden (Odious Debts) und die weltweit zunehmenden Forderungen nach Entschädigungszahlungen für die Opfer von Menschenrechtsverbrechen. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Finanzplatz Schweiz schliesst zunehmend die Forderung nach einklagbaren Menschenrechten und Demokratie ein.

Finanzierung der Arbeit

Die Arbeit der AFP wird zu 80 Prozent aus Mitglieder-Abo- und Spendenbeiträgen bezahlt, 20 Prozent bringen die Solidaritäts- und Informationsbeiträge der 16 Trägerorganisationen, zu der auch die INWO gehört. Damit die AFP in ihrer unabhängigen Form weiter existieren kann, sind wir dringend auf die Unterstützung von kritisch denkenden, politisch engagierten Menschen und solidarischen Organisationen angewiesen!

Weitere Informationen

Viermal im Jahr erscheinen die Finanzplatz-Informationen mit Berichten und Hintergründen zu den aktuellen Fragen aus dem Umfeld des Schweizer Finanzplatzes. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.aktionfinanzplatz.ch oder beim Sekretariatsteam: AFP, Drahtzugstr. 28, CH-4057 Basel, Tel. 0041 (0)61 693 17 00, afp@aktionfinanzplatz.ch. Spenden auf Postscheckkonto 80-38012-4.



Collage: Patrcik Jenny

Jetzt tanzt auch die Schweiz den "Samba"

Die Schweiz hat das World Economic Forum WEF; eine traurige Geschichte. Das Weltsozialforum wurde in Porto Alegre gegründet, weit weg. Gehört haben die Schweizer den "Samba" dennoch; durch Porto Alegre in "Bewegung" gebracht, haben sie das WEF vorübergehend vertrieben. Das WEF ist zurück. Angekommen ist inzwischen aber auch der Geist von Porto Alegre: Das Schweizerische Socialforum findet vom 19. bis 21. September 2003 in Freiburg statt.

Wer Porto Alegre hört, spürt den Samba, jene ganzheitliche Energie brasilianischer Bewegung, die sich seit 2001 über die ganze Welt verbreitet. Samba: "Anerkennung Verhaltensroutine und althergebrachte Hierarchien werden ausser Kraft gesetzt und zerfallen beim nächtlichen Hämmern der Sambatrommeln in abertausend funkelnde Stücke", so wird der Samba beschrieben. Und das ist durchaus sozial- und wirtschaftspolitisch gemeint. Dieser Samba hat jetzt auch die sonst eher ruhigen und trägen SchweizerInnen unüberhörbar und spürbar erreicht. Braucht es das Schweizerische Socialforum? - Ja. Unbedingt. Genau so, wie es auch andere Sozialforen braucht, das Österreichische Socialforum etwa, welches vom 29. Mai bis 1. Juni in der Salzburger Stadt Hallein stattfand, auch das Deutsche Socialforum, welches voraussichtlich im Frühling 2004 durchgeführt wird.

Das gemeinsame Motto: "Eine andere Welt ist möglich"

Nach Porto Alegre sind weltweit zahlreiche Sozialforen entstanden in Griechenland, Portugal, Belgien, Irland, Ungarn, Kolumbien, Quebec, Spanien, Panamerika, Venezuela, Frankreich, Italien und anderen Ländern und Kontinenten in Amerika, Afrika, Asien, Europa und Ozeanien. Sie alle verfolgen das gleiche Ziel: Im Geiste von Porto Alegre zur neoliberalen Globalisierung der Konzerne und ihrer Verbündeten Staatspräsidenten und Ministerien ein Gegengewicht zu bieten und nachhaltige Zeichen zu setzen. Alle stehen deshalb unter dem gleichen Motto: "Eine andere Welt ist möglich". Sie alle wollen das gleiche, gemeinsam Ideen für eine andere Welt entwickeln. Mit einer anderen Sichtweise, eine Globalisierung aus der Perspektive derer, die Widerstand leisten. Eine andere Welt, mit Alternativen für den sozialen Wandel. Andere weltweite Bewegungen, die den Neoliberalismus herausfordern.

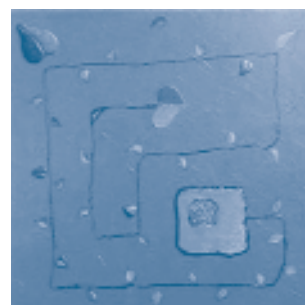
Eine Revolution, die im Herzen und im Geiste der Menschen beginnt

Den Mitgliederorganisationen der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung INWO müssen die Sozialforen gelegen kommen, denn mit den Anliegen, die zur Sprache kommen, sollten sich die Sozialforen mit dem Geld- und Bodenrecht auseinandersetzen – aus unserer Sicht ein zentrales Element das nicht ausgeblendet bleiben darf... Die Sozialforen sind der Anfang jener Revolution, die im Herzen und im Geiste der Menschen beginnt und zu einem allmählichen, friedlichen

Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems vieles beiträgt. So knüpft auch das Schweizerische Socialforum an das Konzept und die Prinzipien des Weltsozialforums von Porto Alegre und an das Europäische Sozialforum an.

Das Schweizerische Socialforum SSF

Das am 14. Dezember 2002 (Datum der ersten Vollversammlung) ins Leben gerufene Schweizer Socialforum SSF ist ein offener Raum für Diskussionen, Auseinandersetzungen und Austausch innerhalb der schweizerischen Sozialbewegung. "Ziel des SSF ist es, von der Schweiz ausgehend auf eine solidarische Globalisierung hinzuwirken, die der Würde und Gerechtigkeit zwischen den Menschen in diesem Land und weltweit und einer nachhaltigen Entwicklung zum Durchbruch verhilft", heisst es in der Begrüssung des SSF, und in der Grundsatzerklärung unter anderem: "Ziel und Hauptaufgabe des Schweizerischen Socialforums ist es, bestehende oder zukünftige Bewegungen miteinander zu vernetzen. Einmal jährlich wird ein mehrtägiges Forum durchgeführt, das den Stand der schweizerischen Sozialbewegungen widerspiegeln und sowohl aktuelle als auch zeitlose oder strategische Themen zur Diskussion stellen soll. Im Zentrum soll der Austausch stehen, in der Hoffnung, damit das Verständnis für die aktuellen Verhältnisse zu vertiefen und die Bedingungen zur Verwirklichung einer anderen Welt zu verbessern, die wir alle für möglich und notwendig halten. Das Schweizerische Socialforum versucht auch, Aktivitäten der verschiedenen Bewegungen zu koordinieren. Die Erklärung von Porto Alegre ist eine der Grundlagen für das Schweizerische Socialforum. Auf der Basis der für die Schweiz wesentlichen Fakten (Rolle der Schweiz im Rahmen der imperialistischen Weltordnung, Finanzplatz Schweiz, Immigration, Geldwäscherei, soziale und politische Rechte in der Schweiz etc.) wird beabsichtigt, eine Erklärung des Schweizerischen Socialforums auszuarbeiten". Dem Schweizer Socialforum sind bereits 40 Organisationen der schweizerischen Sozialbewegung beigetreten; dabei ist auch die INWO Schweiz, die sich in verschiedenen Gremien engagiert.



Das Erkennungszeichen des Schweizerischen Sozialforums



Der Beitrag der INWO Schweiz am Schweizerischen Socialforum

"Achtung Geld - Wie das Geldsystem unsere Zukunft gefährdet", so lautet der Arbeitstitel des von der INWO Schweiz organisierten einstündigen Atelierworkshops. Hendrik Barth, Organisator und Ansprechpartner dieses Workshops im Programm des SSF: "Grosse Teile der Wirtschaft und das Sozialwesen leiden unter einem fehlerhaften Geldsystem. Unser Geldsystem macht inzwischen - zwar langsam, aber kontinuierlich - viele ärmer und wenige Reiche immer reicher. Dabei spielen Zins und Zinseszins sowie andere leistungslose Einkommen, aber auch andere Faktoren eine wichtige Rolle. So lange die Wirtschaft wächst, ist dieses Problem für die meisten ertragbar. Doch wenn das Geld nicht mehr fliesst, bahnt sich ein Zusammenbruch an. Ist das vermeidbar? Anhand von Zahlen und Fakten aus der Schweiz sehen wir uns die Entwicklung hier an. Wir tragen mögliche Ursachen dafür zusammen und überprüfen sie auf ihre Relevanz. Ein Schwerpunkt dabei soll auch der Zinseszins sein, der in seiner Bedeutung oft unterschätzt wird. Welche Korrekturen sind denkbar? Welche Forderungen haben wir an ein zukünftiges Geldsystem? Eine andere Geldwelt ist möglich und notwendig!"

Aufbau des Workshops

1. Einführung in wichtige Grundphänomene und aktuelle Tendenzen (Referat mit sofortiger Klärung von Verständnisfragen).
 2. Diskussion zu einzelnen Schwerpunkten (je nach Bedarf z.B. Schere Armut - Reichtum, Zusammenhänge Finanzierungs- und Geldhandelsmarkt, Rolle und Funktion von Geld allgemein, Wachstumszwang, privater (Grund)besitz und Geldmacht, Geldakkumulation durch leistungslose Einkommen, Zins und Zinseszins, der Finanzplatz als Wirtschaftsbremse).
 3. Was tun? / Alternative Ansätze Ideen zur Veränderung des Geldsystems werden in der Gruppe von allen zusammengetragen. Unter Einbeziehung der praktischen Erfahrungen der BCL (sie stellt ihr Konzept vor) und des Konzeptes der Umlaufsicherung (INWO stellt Konzept vor), werden diese verschiedenen Überlegungen in ihrem Pro und Kontra möglicher Effekte, die entstehen können, entstehen sollen, aber auch nicht passieren dürfen, diskutiert.
- Zum Abschluss sollte überlegt werden, wo, wie, mit wem diese Problematiken weiter erforscht, diskutiert und Umsetzungsstrategien entwickelt werden können.
Ansprechperson: Hendrik Barth hendrik.barth@gmx.ch

Das Rahmenprogramm des SSF Freitag, 19. September

Ab 18 Uhr: Ankunft und Anmeldung.
Ab 19 Uhr: Eröffnungsveranstaltung.
Von 21-24 Uhr: Kulturprogramm.

Samstag, 20. September

Von 9-11 Uhr: Konferenz zum Thema: Finanzplatz Schweiz unter dem Titel "Geldrechte über Menschenrechte?"
Einführung in die Grundphänomene in Geldsystem und Geldmarkt. Die spezifischen Praktiken auf dem Finanzplatz Schweiz. Tributforderungen des verselbständigten Finanzsektors. Was tun? / Alternative Ansätze.
Ab 11:30 Uhr: Workshops und Seminare, entsprechend den Vorschlägen der Bewegungen.
Von 11-13 Uhr: Runder Tisch zum Thema: Migration.
Von 14-17:30 Uhr: Grossdemonstration in Bern zur Frage der Renten.
Ab 18 Uhr: Meeting in Freiburg zum Thema Renten.
Ab 19 Uhr: Abendessen, Essens-Stände vor Ort.
Von 20:30-22:30 Uhr: Kulturprogramm (Film, Theater, Konzerte).

Sonntag, 21. September

Von 9:30-11:30: Zwei Konferenzen zu den Themen "Marktwirtschaftliche Liberalisierung, Privatisierungen, Sozialabbau."
"Was wir noch diskutieren wollten..." – offene Fragen und Handlungsebenen der Friedensbewegung in der Schweiz. Männlichkeit und Militarisierung. Krieg und neoliberale Globalisierung. Militarisierung der Schweiz nach dem 11. September. Europäische Kriegsgegner rüsten auf.
Die Friedensbewegung hat durch ein breites Bündnis und internationale Vernetzung in den letzten Monaten zehntausende Menschen in der Schweiz für die Teilnahme an grossen Demonstrationen und zahlreichen Aktionen gewinnen können. Als eine Art Zwischenbilanz möchten wir eine Auswahl von offenen Frage und Handlungsebenen zur Diskussion stellen.
Von 11:30-13:30 Uhr: Workshops entsprechend den Vorschlägen der Bewegungen.
Von 14-16 Uhr: Vollversammlung des Schweizerischen Socialforums SSF.
Ab 16 Uhr: Ende.

Die Workshops

15 Räume unterschiedlicher Grösse stehen für die ein- bis zwei Stunden dauernden Workshops und Seminare zur Verfügung. Die Anzahl dieser Veranstaltungen ist damit für diese zwei Tage auf 30 beschränkt. Wir können hier nur eine Auswahl von Workshop-Themen präsentieren. Das vollständige Programm mit ausführlichen Inhaltsangaben, sowie die entsprechenden Ansprechpartner und E-Mail-Adressen finden Sie auf der Homepage des Schweizerischen Socialforums.

Soziale und solidarische Ökonomie in der Westschweiz: ein wenig bekannter Reichtum in vollem Aufschwung. Organisation: Realise.

Freiwilligenarbeit in Konfliktgebieten. Organisationen: Unité (angefragt), Bethlehem Mission Immensee.

Achtung Geld - Wie das Geldsystem unsere Zukunft gefährdet. Organisation: INWO Schweiz.

Sexistische Werbung - eine subversive Werkstatt. Organisationen: Sozialistische Alternative/Solidarität.

Welche Sprache für Europa? Welche Sprache für die Welt? Organisation: Société Suisse d'Esperanto.

Der Fall Nestlé: Probleme und Kampagnenstrategien. Organisation: Koordinationsgruppe "CH-Multis".

Service public, privatisations et appropriation sociale. Organisation: Attac - Suisse (ouvert à d'autres organisations, notamment syndicales).

WEF 2004 - Ideen und Strategien
Organisation : Oltner Bündnis.

Recherche scientifique, altermondialisation et développement durable. Organisation: LaRevueDurable.

Warum lässt die europäische "Linke" Kuba links liegen? Organisation: Vereinigung Schweiz Kuba

Cadre des résistances à la mondialisation néolibérale. Organisation: Attac Fribourg.

Forderungen, Strategien und Aktionsmöglichkeiten bezüglich Bankgeheimnis, Steuerflucht und Steuerhinterziehung in der Schweiz. Organisationen: Arbeitsgemeinschaft, Erklärung von Bern.

Ziele und Strategien der Palästinasolidarität. Organisationen: Palästinakomitee Basel, Verein Boykott.

Besteuerung der Energie. Organisationen: Tax bads not goods.

Rassismus in der Schweiz. Ergebnisse einer Umfrage. Organisationen: Gesellschaft für bedrohte Völker.

Trade for People. Organisationen: Fastenopfer.

10 Jahre zapatistischer Aufstand und sein Einfluss auf die Anti-Globalisierungsbewegung. Organisationen: Chiapas-Solidarität.

Fair Trade. Organisationen: Chiapas-Solidarität.

Utilisation de l'informatique et de la télématique pour améliorer le fonctionnement démocratique au sein des associations. Organisationen: Attac Genève.

Sozialversicherungen. Organisationen: Partei der Arbeit Schweiz.

Prekarität und Ausgrenzung - lokal-soziale Konsequenzen neoliberaler Globalpolitik. Organisationen: Schweizer Arbeitslosenkomitees.

Garantiertes Grundeinkommen - Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert? Organisationen: Basic Income European Network (BIEN).

Die Auswirkungen der Globalisierung auf unsere Identität. Organisation: Asociación Latino Americana.

Ein Volk ohne Staat im Mittleren Osten: die Kurden. Organisationen: IGIF (Föderation der Arbeitsimmigranten in der Schweiz) und ICAD (Internationales Komitee gegen Verschwindenlassen).

L'économie solidaire dans les pays du sud et la micro finance. Organisation : FIG Internationaler Garantiefonds.

Bitte beachten Sie, dass bei Redaktionsschluss das umfassende und definitive Programm noch nicht zur Verfügung stand. Ein ständig aktualisiertes Programm finden Sie auf der Homepage des SSF: www.socialforum.ch

Notizen aus dem Alltag

Erwartungen an das Schweizerische Sozialforum SSF

"Einmal im Leben, zur rechten Zeit, sollte man an Unmögliches geglaubt haben" (Christa Wolf); So könnten die Erwartungen von Hendrik Barth, ein engagiertes Mitglied der INWO Schweiz, bei seiner Mitarbeit zur Gestaltung eines Geldplenums beim Schweizerischen Sozialforum umschrieben werden!

Das Resultat ist ein Thema zur Konferenz zum Thema "Finanzplatz Schweiz", welche die grundlegende Systemkritik ausblendet und ein Forum "Steuergeheimnis Schweiz" wird. Die "Glaubensrichtung NWO" (Orginalton des Gruppenleiters) wird in einen an die Grossveranstaltung (die Konferenz am Samstag) anschliessenden Workshop verlegt. Immerhin, die Möglichkeit, die monetären Fehlstrukturen und ihre Auswirkungen wenigstens in diesem kleineren Rahmen einigen Interessierten nahebringen zu können, ist doch sehr erfreulich. Genaueres über diesen Workshop und über das ganze Programm finden Sie auf www.socialforum.ch und auf den Seiten 33-35.

Lachen ist gesund, haha, hahahaha...

Dr. Roland Schutzbach, Pädagoge und Philosoph, hat sich zum "Narrosophen" und Präsidenten der ersten "Lach- und Spasspraxis" emporgekichert. Seit dem Mai 2001 bietet seine "European Laughter Society ELS" in einer "Lachpraxis" verschiedenste Angebote für Menschen an, "die sich vom Lachen eine grössere Leichtigkeit in ihrem Leben versprechen, ihr Privatleben und ihre Arbeit inspirierter und schwungvoller anpacken wollen, unter grossem Druck oder unter Stresserscheinungen leiden und/oder schwierige persönliche Probleme haben, die sie einmal ganz anders angehen wollen". Sein Spass wurde in kurzer Zeit in der Schweiz und international bekannt. Studien in der Lachforschung (Gelotologie), führt der "Narrosoph" aus, belegen die Verbesserung des Immunsystems und eine Steigerung des Wohlbefindens. Wir, die wir uns mit den Ungerechtigkeitsmechanismen des Geld- und Bodenrechts auseinandersetzen, brauchen von Zeit zu Zeit Aufmunterung: Humor ist, wenn man trotzdem lacht! Ich persönlich habe mir vorgenommen - auch wenn die Uneinsichtigkeit der Mitmenschen zum Weinen ist -, zu Lachen! Oder wenigstens zu Schmunzeln. Unsere "Gilde" der freiwirtschaftlich denkenden Menschen (meine Beobachtung in den letzten vier Jahren) zeichnet sich aus durch eine durchwegs nüchterne wissenschaftliche Art, der ein bisschen Lachen (auch über sich selbst) gut ste-

hen würde. *Marco Lustenberger*

Kontakt: European Laughter Society, Schlawinerweg 1, CH-3232 Ins, Tel 0323132458 oder

www.Hahahahaha.org Passen Sie aber auf, dass Sie beim Öffnen der Site das Lachen richtig dosieren (fünf mal "ha"), sonst lachen Sie möglicherweise am Leben vorbei...

Dass ich nicht lache...

Eine ganz andere Meinung über diese "Lach- und Spasspraxis" hat unser neuer Mitarbeiter Walter Koller, mit einem Studium der Traditionellen Chinesischen Medizin und zahlreicher anderer erfahrungsmedizinischer Heilverfahren kompetent, wenn es um alternative Therapieformen geht: "Ich wundere mich immer mehr, wie wenig es braucht und mit wieviel amerikanischem Naiv-Schrott man heute doch Geld verdienen kann. Wenn ein Philosoph sich lieber "Narrosoph" nennt und ein paar Kasse klingelnde "Lachkurse" anbietet, ist das ja noch in Ordnung. Lachen ist ja wirklich gesund und wirkt entspannend für ein positives Lebensgefühl. Wenn jedoch einer mit solcher Banalesoterik gleich eine "Revolution" oder schon beinahe eine neue therapeutische Bewegung konstruiert und dann auch noch der Meinung ist, dass Armut, Rassismus und andere Probleme dieser Welt dadurch zu lösen sind, dass die Betroffenen etwas mehr lachen, wird das eher gefährlich. Arme dieser Welt hätten allenfalls dann etwas zu lachen, wenn der Narr wenigstens einen Teil seiner Honorare entsprechenden Institutionen überweisen würde..."

Spendenbarometer

INWO Schweiz, PC-Konto: 30-1771-2 Bern

Stand alt Fr. 17'281.-- (30.06.03)
Stand neu Fr. 19'155.-- (31.07.03)

Spenden bis Fr. 50.--
12

Spenden Fr. 51.-- bis Fr. 100.--
W. U. aus Dietikon, M. N. aus Frauenfeld, O. M. aus Stallikon, E. G. aus Känerkinden.

Spenden Fr. 1'000.--
H. H. aus Bern

Diese Pressemitteilung geben wir gern weiter:

Überall fehlt das Geld! – Hilft der "Sieg-Taler" aus der Krise?

Zur Einführung eines zinsfreien Regionalgeldes

Am Freitag, 11. Juli 2003 fand die Veranstaltung im Haus der Agenda in der Siegener Oberstadt statt. Die Veranstalterin, die Gesellschaft für Friedenserziehung e.V., freute sich über die unerwartet hohe Besucherzahl von über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Zunächst ging der Redner, Rolf Schirmacher aus Siegen, auf die gegenwärtige Situation ein, die durch "deflationäre Tendenzen" gekennzeichnet ist. Durch die wirtschaftliche Unsicherheit und Not hält jeder sein Geld zurück. Dadurch macht aber die Wirtschaft weniger Umsatz und muss Mitarbeiter entlassen. Dies wiederum verstärkt die negative Tendenz.

In der "großen Politik" ist derzeit nirgendwo ein schlüssiges Konzept zur Behebung dieser Probleme in Sicht. Deshalb liegt der Gedanke zur Selbsthilfe nahe. Doch wie könnte diese aussehen?

Um eine Antwort darauf zu finden, erläuterte Herr Schirmacher die Funktion des Geldes als Tauschmittel. Umsatz entstehe immer dann, wenn Geld von einer Hand zur nächsten gehe. Wird dieser Vorgang, wie in der gegenwärtigen Situation, blockiert, könne Geld seine Katalysator-Funktion nicht erfüllen. Dem könnte aber entgegengewirkt werden, wenn der "Geldbesitzer" ein Interesse daran hätte, sein Geld weiterzugeben. Dieses Interesse würde z.B. entstehen, wenn für die Nutzung des Geldes eine Gebühr erhoben würde.

Damit ist die Kernidee des "Sieg-Talers" beschrieben: Die Erhöhung des Geldumsatzes bei den Firmen, die den Sieg-Taler akzeptieren, durch eine Nutzungsgebühr. Wichtig war dem Vortragenden, dass der Sieg-Taler harten Qualitätsmerkmalen genügen muss, so die

- Professionalität
- Transparenz
- Gemeinnützigkeit.

Vertrauen in den Sieg-Taler und einen reibungslosen "Betrieb" kann man nur mit den beiden ersten Punkten erreichen. Die Gemeinnützigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass gemeinnützige, soziale, ökologische und kulturelle Projekte aus den zu erwartenden Überschüssen aus den Nutzungsgebühren gefördert werden sollen. Da der Sieg-Taler aber eine regionale Einrichtung ist, entstehen darüber hinaus zusätzliche Effekte. Dabei ist vor allem die Stärkung der Wirtschaftskreisläufe innerhalb des Siegtals und des Siegerlands zu nennen.

Bei der lebhaften Diskussion nach dem Vortrag nannten die Teilnehmer noch weitere zu erwartende Effekte:

- Zunahme des Vertrauens, da der Sieg-Taler innerhalb der Region bleibt und dadurch indirekt auch die eigene Situation verbessert.
- Die Beschränkung auf die Region macht die Vorgänge überschaubarer und erhöht die eigene Gestaltungsmöglichkeit.

Die rege Beteiligung der Gäste sowie deren Diskussionsbeiträge legen die Vermutung nahe, dass das Thema Regionalgeld "in der Luft liegt". Manche scheinen nur auf dieses Ereignis gewartet zu haben. Nun kommt es darauf an, den Sieg-Taler in die Realität umzusetzen.

Viele Teilnehmer trugen sich in Listen ein, damit sie über den weiteren Verlauf des Projektes "Sieg-Taler" informiert werden können. Der Veranstalter bittet jeden Interessenten darum, sich zu melden.

Alles in allem stimmt der Verlauf des Abends sehr optimistisch. Schon bald soll der Sieg-Taler kommen.

Weitere Informationen unter www.sieg-taler.de und im Haus der Agenda, Kölner Str. 11, 57072 Siegen.

Für Fragen steht Rolf Schirmacher zur Verfügung.

35



Unsere Leserinnen und

Heinrich Frei, Breitenlooweg 7, CH-8047
Zürich, Tel. 0041 1 491 19 73, E-Mail:
heinrich-frei@bluewin.ch

Schröder und Fischer bleiben Vasallen der USA

Das Rot-Grüne Deutschland ist der fünftgrösste Waffenexporteur der Welt, nach den USA, Russland, Frankreich und Grossbritannien. Deshalb sind die Parolen von Gerhard Schröder und Joschka Fischer gegen einen Krieg im Irak mit Vorsicht zu geniessen. Wer Rüstungsgüter exportiert sät Krieg!

Schröder und Fischer widersetzten sich zwar zusammen mit Chirac und Putin offen gegen einen Krieg im Irak. Doch logistisch bleibt die Bundesrepublik fest integriert in den Militärapparat der Vereinigten Staaten von Amerika, mit amerikanischen Militärstützpunkten in Deutschland, mit der Kooperation in der Rüstungsproduktion und der Mitgliedschaft in der Nato. Der Sitz einer der wichtigsten Kommandozentralen für den Irakkrieg wird Stuttgart-Vaihingen sein. Das European COMand (EUCOM) wird die Aktionen der US-Streitkräfte in der Türkei und auf Zypern koordinieren. Das EUCOM ist zugleich die Kommandozentrale für den (Erst-) Einsatz der in Europa und Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen. Seit nunmehr 20 Jahren finden vor dem EUCOM in Stuttgart-Vaihingen immer wieder Mahnwachen, Demonstrationen und Aktionen Zivilen Ungehorsam statt, leider kaum mehr beachtet.

Die Opposition gegen einen Krieg der Roten-Grünen Regierung in Berlin ist sehr relativ, solange sie den Betrieb von Militärstützpunkten der Amerikaner in Deutschland erlaubt und mit den USA und Grossbritannien in der Rüstungspro-

duktion kooperiert. Auch eine christliche Regierung in Deutschland, unter Stoiber, hätte den Truppenaufmarsch der USA mit Patriot-Raketen, AWACS-Überwachungsflugzeugen, Fuchs-Panzern, Kriegsschiffen, Drohnen und Wachmannschaften wie Schröder unterstützt. Stoiber hätte sich zwar wie Blair hinter Bush gestellt, aber keine Truppen in den Irak geschickt, denn damit wäre die Bundesrepublik überfordert gewesen.

Es würde für Deutschland einen anderen Weg geben: Neutralität, Austritt aus der Nato. Abrüstung und sich um die Probleme im eigenen Land kümmern. Und vor allem: Kein Kriegsmaterial mehr exportieren. Das Risiko ist sehr gross, das exportierte deutsche Panzer, Kanonen, Bomben, Granaten und Gewehre, wie auch schon, wieder zum Einsatz kommen, auch durch neue Milosevics und Saddam Husseins.



Leserbriefe an die Frankfurter Rundschau

Aufgrund des Interesses an dem Leserbrief von Prof. Dr. Peter Knauer in der Frankfurter Rundschau vom 19.5.03 veröffentlichen wir diesen im Folgenden vollständig. Ergänzt wird er durch einen

weiteren Leserbrief und eine Stellungnahme von Helmut Creutz.

Ein Systemfehler unseres Geldsystems

In allen Preisen in Deutschland steckt heute durchschnittlich ein Zinsanteil von 30 Prozent

Zu Regierung ohne Konzept
(FR S. 3 vom 12. Mai)

"Die Regierung kann auf die Einnahmeausfälle mit radikalen Kürzungen reagieren, die Steuern erhöhen, eine höhere Neuverschuldung hinnehmen oder die Kreditlinie zusätzlich ausweiten." Es scheint mir evident, dass alle diese angeblich einzig möglichen Lösungen nur vom Regen in die Traufe führen können. Unsere Staatsschulden nehmen obnehin gegenwärtig pro Sekunde um 1332 Euro zu.

Die Abhilfe muss an anderer Stelle liegen. Unser heutiges Geldsystem ist so konstruiert, dass der Zinsanteil am BSP dann von selber zu Lasten aller anderen Anteile zunimmt, sobald die Wirtschaftsleistung nicht mehr stetig um wenigstens 2,5 Prozent jährlich wächst, sich also innerhalb von 28 Jahren verdoppelt. Es verhält sich wie mit einem Flugzeugmotor, der nur wenn man ständig mehr Gas gibt, nicht zu stottern anfängt. Er wird natürlich irgendwann auseinanderfliegen. Durchschnittlich steckt heute in allen Preisen einschließlich der Mieten, die in der Bundesrepublik bezahlt werden, ein Zinsanteil von ca. 30 Prozent.

Wenn man alle Haushalte Deutschlands in zehn gleich große Gruppen mit steigendem Einkommen aufteilt, haben die acht unteren Gruppen einen negativen Zinssaldo. Selbst wenn sie selber ein paar

Leser melden sich zu Wort

Bankzinsen bekommen, müssen sie, ohne es zu ahnen, ungleich mehr in den Preisen für die Zinsen fremder Schuldner ausgeben. Die neunte Gruppe hat einen ausgeglichenen Zinssaldo. Der positive Zinssaldo der obersten Gruppe dagegen dürfte täglich bei ungefähr 200 bis 300 Millionen Euro liegen.

Es wäre sinnlos, Zinsen verbieten zu wollen. Sie sind der durchaus gerechte Marktpreis für den Liquiditätsvorteil des Geldes. Letzterer besteht darin, dass Geld gegenüber Waren und Leistungen, für die man Reklame, Transport und Durchbahntecken hat, auf dem Markt immer privilegiert ist. Nur kommt dieser Liquiditätsvorteil nicht durch die Leistung des Geldbesitzers zustande, sondern durch die öffentliche Leistung aller derer, die Geld annehmen und weitergeben. Gegenwärtig verhindern die Zinsen zumindest, dass man das Geld als Wertaufbewahrungsmittel zu Hause hortet und es so überhaupt dem Umlauf entzieht. Damit würde ja die Wirtschaft erst recht abgedrosselt.

Aber dasselbe Ziel einer Umlaufsicherung könnte viel eleganter dadurch erreicht werden, dass für liquides Geld eine Bereitstellunggebühr eingerichtet würde (John Maynard Keynes schrieb von Geldhaltekosten, "Carrying costs"). Dadurch würde die Privilegierung des Geldes gegenüber Waren und Leistungen aufgehoben und es würde zum neutralen Tauschmittler. Wer Kasse halten will, hätte dann für den Genuss des Liquiditätsvorteils des Geldes Kosten zu tragen; wer Geld verliehe, würde diesen Kosten entgegen, aber das verliehene Geld würde nicht von alleine auf Kosten der übrigen Wirtschaft wachsen.

Das gegenwärtige Zinssystem. sorgt übrigens auch dafür, dass alle Unternehmen, die nicht die Rentabilität des Geldes erreichen, von vornherein unterbleiben.

Dadurch ist die Arbeitslosigkeit im Geldsystem selbst vorprogrammiert. Könnte eine Regierung sich nicht (vielleicht zusammen mit anderen Regierungen) auch einmal mit diesen Zusammenhängen befassen, auf die bereits vor Jahren der ehemalige bayerische Verfassungsrichter Prof. Dieter Subr hingewiesen hat?

Prof. Dr. Peter Knauer SJ, Frankfurt a. M.

2. Leserbrief FR 10.06.2003 Zu "Umstrittener Zinsanteil" (siehe oben)

Prof. Dr. Knauer nannte in seiner Zugschrift ohne Quellenangabe einen Zinsanteil von 30%, der in allen in Deutschland bezahlten Preisen enthalten sei. Es handelt sich dabei um eine wissenschaftlich umstrittene Meinung, die zudem auf veralteten Zahlen von 1990 und 1996 basiert, als die Zinssätze in Deutschland um 125 bzw. 50 Prozent höher lagen als heute. Ein Vergleich mit den jetzt verfügbaren Zahlen des Statistischen Bundesamtes (für 2001) ergibt eine andere Rechnung. Danach beträgt die Zinsbelastung (ohne Banken, weil dort Kredite durchlaufende Posten sind, und ohne private Haushalte) eine Zinsbelastung von 146 Milliarden Euro aller im Laufe des Jahres 2001 geschaffenen Werte (Waren und Dienstleistungen aller Art). Das sind sieben Prozent des Bruttosozialproduktes von 2055 Milliarden Euro. (...)

Man kann am praktizierten Kapitalismus vieles kritisieren und reformieren. Die Abschaffung von Zinsen ... kann aber keinen Ausgleich zwischen Reichen und Armen bringen. Der wirtschaftlich-finanziellen Globalisierung wäre eine Harmonisierung der nationalen Steuersysteme angemessen und damit verbunden ein erhöhtes Aufkommen an Kapital für wirtschaftlich aufstrebende Länder.

Paul Karn, Langen

Als Antwort auf den Beitrag von Herrn Karn eine Stellungnahme von Helmut Creutz:

Herr Karn hat in einem Punkt Recht: Die von Professor Knauer genannten Zahlen stammen sogar noch aus den 80er Jahren und sind längst überholt. So lagen, nach den Veröffentlichungen der Bundesbank, z.B. die Zinserträge der Banken 1988 mit 124 Mrd. Euro erst bei 11,6% des BIP, während sie 2001, trotz niedrigerer Zinssätze, auf Grund der im Übermaß gestiegenen Verschuldungen mit 382 Mrd. Euro 18,5% des BIP ausmachten.

Bezieht man diese Zinslasten auf die Ausgaben der Privaten Haushalte und damit auf die Endverkaufspreise die bei etwa 55 bis 58% des BIP liegen, dann ergab sich 1988 ein rechnerischer Zinslastanteil von 21% gegenüber 31% 2001. Schlägt man diesen schuldenbedingten Zinslasten noch die Zinsen für die schuldenfreien Sachkapitalien mit etwa der Hälfte hinzu, ergab sich 1988 ein gesamter rechnerischer Zinslastanteil in den Preisen von rund 30% und 2001 von etwa 45%.

Welche Größe Paul Karn mit den von ihm beim Statistischen Bundesamt ermittelten 146 Mrd. Euro meint, "ohne Banken" und "ohne private Haushalte", kann ich nicht nachvollziehen. Denn nach den Unterlagen dieser Behörde (Verteilung der Primäreinkommen nach Sektoren, 3.4.1.2), lagen die "empfangenen Zinsen" der Banken im Jahr 2001 sogar bei 407 Mrd. Euro und damit noch über den Zahlen der Bundesbank.

Helmut Creutz
Publizist; Aachen



Ein amerikanisches Buch: Pflichtlektüre für Politiker

Wallimann, Isidor und Dobkowski, Michael N. (Hrsg.): Das Zeitalter der Knappheit Ressourcen, Konflikte, Lebenschancen. Paul Haupt Bern 2003, 254 Seiten, ISBN 3-258-06594-2. CHF 34.- (Amerikanische Originalausgabe: On the Edge of Scarcity. Syracuse Univ.Press 2002)

Die Zukunft sieht düster aus. Die 13 Autoren und eine Autorin, Philosophen, Historiker, Ökonomen und Sozialwissenschaftler, prognostizieren in ihren Beiträgen im 21. Jahrhundert den Zusammenbruch der heutigen Weltwirtschaft und den Anbruch eines Zeitalters einer katastrophenträchtigen Knappheit. Die Eintretenswahrscheinlichkeiten von Konflikten, Kriegen und Völkermord wachsen dramatisch an. Also Themen, die einem G8-Gipfel wohl anstehen würden.

Die ursächlichen und miteinander verknüpften Hauptfaktoren der Knappheit sind die rasch wachsende Weltbevölkerung, der Mangel an Agrarland, Wasser und Energie. Die Fortsetzung der unverantwortlichen Verschwen-

dung fossiler Energieträger, die Abholzung der Tropenwälder und die ungebremst wachsenden Umweltbelastungen der Industrie und des Verkehrs führen unweigerlich zum ökologischen Kollaps: Klimaerwärmung und Gletscherschmelze mit katastrophalen Folgen für grosse Küstengebiete, möglicherweise zur Umlenkung der Meeresströmungen, z.B. des Golfstroms, was einen fatalen Kälteeinbruch in Europa und im Osten Nordamerikas zur Folge hätte. Immer heftigere Naturkatastrophen und Wassermangel zeigen sich schon heute. Ebenso sind Krieg und Genozid aktuelle Themen.

Der Sturz in die Knappheit wird vor allem durch den umweltzerstörenden Wachstumsfanatismus der allmächtigen globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung beschleunigt.

"Die Globalisierung wird scheitern, weil sie transnationale Konzerne mehr als Bevölkerung und Gemeinschaften unterstützt, weil sie die Unternehmensprofite stärker als Menschenrechte und Umwelt fördert und weil sie die Herrschaft von globalen Konzernen und Märkten über Mensch und Natur stellt. Geführt und unterstützt von den Regierungen der Ersten Welt, ..., überwältigt die Globalisierung die Nationalstaaten und ersetzt diese durch globale Konzerne und ungezügelter Finanzmärkte".... "Ich vermute, dass der endgültige Zusammenbruch irgendwann zwischen 2010 und 2050 erfolgen wird" (Chris H. Lewis, Historiker)

Registriert wird auch ein weltweites und grundlegendes Versagen des rentabilitätsgetriebenen Marktsystems. Nur einige Beispiele: Grosse Teile der Fischbestände sind abgefishet, z.T. irreversibel zerstört. Jährlich werden

ca 500 Millionen Tonnen Getreide an Nutztiere verfüttert, obwohl über eine Milliarde Menschen unterernährt sind. In der Dritten Welt entstehen Plantagen (meist mit riesigen Monokulturen) und Fabriken, die profitabel sind für die lokale Oberschicht, die Agrarmultis und die fernen Investoren, mächtig und oft erpresserisch unterstützt von WTO, IMF und Weltbank. Eine autonome und auf die eigenen Bedürfnisse ausgerichtete Entwicklung in Drittweltländern wird gezielt verhindert bzw dort, wo sie entsteht, sogar zerstört, weil damit kaum grosse Schuldzinsen verdient werden können.

"Daher wird die Produktionskapazität der Dritten Welt, ihr Land und ihre Arbeit zur Produktion von Gütern eingesetzt, von denen andere profitieren.... Daher kann man die konventionelle Entwicklung der Dritten Welt als legalisierte Ausplünderung bezeichnen" (Ted Trainer).

Die weltweit wachsenden Ungleichgewichte schaffen z.T. lebensbedrohende Knappheiten der Schwächsten, vermehrt tragen sie bei zur Verelendung in den Slums der Städte. J.B. Cobb untersucht "Die Aussichten der Underclass" in den USA. Das sind jene chancenlosen Dauerarbeitslosen wachsender Anzahl, die es aufgegeben haben, auf dem Markt nach Arbeit zu suchen. Oft bleibt ihnen nur der Ausweg in die Kriminalität. Die Folgen sind bekannt.

Knappheit steigert die Gewaltbereitschaft. Jeder kämpft um sein Stück des kleiner werdenden Kuchens. Die Geschichte ist vollge-

packt mit Kriegen und Völkermord.

D.N. Smith analysiert die historischen Hintergründe des Genozids in Rwanda 1994, bei dem in 100 Tagen mehr als 800'000 Menschen umgebracht wurden. Die Ursachen liegen nicht in "stammesbedingten und ethnischen" Spannungen, die seit langem dort existierten, wie viele Journalisten berichteten. Das Unheil begann schon mit dem üblen Umgang der Kolonialmächte mit der afrikanischen Bevölkerung, und hat schliesslich eine grausame Fortsetzung im Regime des Diktators Habyarimana.

Von Knappheit und Gewalt sind weltweit vor allem Frauen und Kinder betroffen. "Frauen verdienen nur ein Zehntel des globalen Einkommens und besitzen weltweit weniger als 1% es Eigentums. ... Wenn man einen Jungen ausbildet, bildet man ein Individuum aus. Wenn man ein Mädchen ausbildet, bildet man Generationen aus". (Waltraut Q. Morales). Gebildete und / oder wirtschaftlich gesicherte Frauen haben weniger Kinder. "Eine Schlussfolgerung muss daher sein, dass wir die globale Bevölkerungskrise deutlich entschärfen können, wenn wir uns um die Frauen der Welt kümmern"

Jeder Beitrag hat einen Schlussschnitt "Wege aus der Krise". Eine Zusammenfassung wird der Fülle von Vorschlägen nicht gerecht. Zwingend ist generell: So kann es nicht weitergehen! Konsequente Durchsetzung der Menschenrechte, mehr Demokratie, Entmachtung der Grosskonzerne, Vorherrschaft der Politik, Dezentralisierung einer auf den Menschen ausgerichteten Wirtschaft mit Wachstum Null, soziale Kontrolle über die Märkte, zurück zur Politik der Vollbeschäftigung, gerechtere Steuern, Schuldenerlass,

Tobin Tax, usw. usw.

Kritische Bemerkungen. Die mehrheitlich unterstellte "Arbeitshypothese", dass die genannte Kollaps-Knappheit unvermeidbar sei, scheint uns etwas zu pessimistisch. Offenbar wird durch die Autoren der Menschheit die Innovationskraft nicht zugetraut, die durchaus lösbarer Energie-Probleme rechtzeitig zu lösen und damit die Umweltproblematik (etwa durch dezentral organisierte Sonnen-Wasserstoff- und andere Technologien) drastisch zu entschärfen, die Primitiv-Dogmatiker des Neoliberalismus und die unbelehrbaren Marktfetischisten in die Schranken zu weisen und ihre Ausplünderungsmechanismen zu stoppen.

Auffallend ist, dass eine vertiefte Analyse des Kapitalismus mit seiner angsterzeugenden Vormachtstellung des Geldes bzw. des Kapitals fehlt, und deshalb diesbezüglich auch keine Reformvorschläge vorgebracht werden.

Lobend sei allerdings hervorgehoben, dass der Philosoph Craig Dilworth kurz auf den Zusammenhang zwischen Zinssatz und Wachstumsdruck mit entsprechender Umweltbelastung (bzw. entsprechender Entlastung bei sehr niedrigen Zinssätzen) hinweist. "Damit aus einer Nullzinzwirtschaft (zero-interest economy) auch eine ökologisch nachhaltige Volkswirtschaft wird, muss jedoch eine Boden- und Steuerreform erfolgen". Dabei bezieht er sich auf das bekannte Werk "Interest and Inflation Free Money" von Margrit Kennedy.

Walter Meier-Solfrian



Vandana Shiva: Biopiraterie, Kolonialismus des 21. Jahrhunderts, eine Einführung, Verlag Unrast, Münster 2002, 156 Seiten, (Format DIN A 5) € 14,--

Das erste Patent in der Geschichte der Menschheit, so die These von Vandana Shiva, war die Schenkungsbulle des Papstes Alexander VI. am 4. Mai 1493. Mit dieser Schenkungsbulle sprach er alle Ländereien "100 Seemeilen westlich und südlich der Azoren in Richtung Indien, die bereits entdeckt worden waren oder noch entdeckt werden sollten" den christlichen Monarchen Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragon zu. Doch wie kann das funktionieren? In diesen Ländereien wohnten doch Menschen. Wie kann über diese Eigentumsrechte verfügt werden? Der Vorgang der Kolonialisierung trägt entscheidend zum Reichtum der westlichen und der Armut der Dritten Welt bei. Und dieser Vorgang wird fortgesetzt. Pflanzen werden modifiziert, es wird ein Eigentumsrecht vergeben und damit die Möglichkeit zur kommerziellen Ausbeutung eröffnet.

Die meisten Bewohner der industrialisierten Gesellschaften haben

sich an den Gedanken der Patentierbarkeit vollkommen gewöhnt und stützen nur kurz, wenn Teile des biologischen Lebens patentiert werden. Innerhalb des rein technischen Systems unserer Industrie ist Patentierbarkeit relativ problemlos, da ein einheitliches Rechts- und Wirksystem auf sich selbst angewandt wird. Die meisten Menschen werden zustimmen, dass an der Patentierung der Glühbirne nichts Verwerfliches war, aber die Einfärbung des Glases zur Erzeugung von farbigem Licht erschien doch etwas profan, da nur etwas bereits erfundenes modifiziert wurde. Und so ist es mit dem Leben. Kann eine Weizensorte, die durch Verschiebung von Genen erzeugt wird, patentiert werden? Da mögen sich die Gelehrten noch streiten. Aber bei den Folgegenerationen des modifizierten Weizens handelt es sich um Selbstreproduktion und die hat der "Erfinder" gewiss nicht erneut erfunden! Bei lebenden Systemen handelt es sich um eine ganz und gar andere Qualität, so dass die Patentierbarkeit nicht gegeben ist, oder soll der Weizen dafür verklagt werden, dass er seine neuen Eigenschaften an die nächste Generation vererbt hat? Die Völker der Dritten Welt haben eigenes Wissen über ihre Lebenswelt, das sie in Jahrtausenden erworben haben. Dieses Wissen soll mittels der Patente auf Leben privatisiert und ausgebeutet werden. Dass diese Vorgehensweise schon zu erheblichen Kämpfen zwischen Konzernen und Landwirten auch bei uns geführt hat, ist mittlerweile bekannt. Und: Menschen, die sich nur selbst versorgen, leisten keinen Beitrag zum Sozialprodukt und da ist für Konzerne noch viel zu holen.

Das kleine Büchlein analysiert die innere Logik der Patentierbarkeit, widerlegt das Argument, dass Menschen nur dann kreativ sind, wenn es sich für sie auszahlt und plädiert für eine grundsätzlich andere Weltsicht. Nicht zu letzt geht es Vandana Shiva bei der Anklage der Ausbeutung der Dritten Welt nicht um die Besserstellung der Dritten Welt, was an sich schon berechtigt wäre, sondern hat dabei das Wohl der gesamten Menschheit im Blick.

Das Buch stellt für die Denkweise der Bewohner der nördlichen Hemisphäre eine Herausforderung dar, die es lohnt anzunehmen. Man erfährt nicht nur einen anderen Blickwinkel auf die Grundlagen von Leben, Kultur und Kreativität, sondern kann auch lernen, die eigene Denkweise zu analysieren. Bei Vandana Shiva hat man auf jeder Seite das Gefühl, immer das ganze Problem vor sich zu haben. Ihre ganzheitliche Herangehensweise unterscheidet sich erheblich von unserer reduktionistischen Analyseform. Dadurch schleicht sich manchmal das Gefühl ein, hinter der Redundanz in jedem Kapitel fehle die Substanz. Aber das bleibt ein Gefühl. Am Ende weiß der Leser, dass er eine exakte Analyse der ganzen Biopatentproblematik aufgenommen und zusätzlich einen neuen Blickwinkel kennen gelernt hat. Für Lesende mit einer grundsätzlichen Offenheit, ist dieses Buch eine lohnenswerte Lektüre.

Wolfgang Ramming

Geldsysteme verändern – die Option der Regionalisierung

Geldreform als Thema auf dem 2. Europäischen Sozialforum in Paris

Dipl.-Kfm. Ralf Becker ist Mitglied der INWOD und der CGW und tritt derzeit als Vortragsreisender in die Fußstapfen von Helmut Creutz. Er arbeitete als Referent für die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" beim katholischen Hilfswerk Misereor und engagierte sich u.a. im deutschen Nachhaltigkeitsrat und als Mitgründer und Vorstandsmitglied der deutschen Erlassjahr-Kampagne.

Margrit Kennedy wird wahrscheinlich auf dem 2. Europäischen Sozialforum in Paris vom 12.-15. November 2003 einen größeren Vortrag zum Thema "Changing Money Systems - The Regionalization Option" halten. Die als Seminar bezeichnete Veranstaltung ist für mehrere hundert TeilnehmerInnen konzipiert und wird in mehrere Sprachen übersetzt.

Damit würden komplementäre Währungssysteme erstmalig auf dieser Ebene ein größeres Publikum erreichen, nachdem 2002 in Florenz nur kleinere Arbeitsgruppen zu diesem Thema stattgefunden haben. Über die endgültige Aufnahme des Seminars in das offizielle Programm wird im September entschieden.

Das Seminar ist eingebettet in das "Social and Solidarity Economy Village (VESS)", dessen OrganisatorInnen für die Organisation von sechs Seminaren zum Themenfeld "Soziale und solidarische Wirtschaft" während des ESF verantwortlich zeichnen. Federführend für das Lobbying beim ESF ist Françoise Wautiez von der Workgroup on Solidarity Socioeconomy Alliance for a Responsible, Plural and United World (<http://www.alliance21.org>).

Inzwischen haben sich in über 20 Städten und Regionen auch Initiativkreise zur Gründung lokaler oder regionaler Sozialforen gegründet bzw. haben bereits die ersten Sozialforen stattgefunden.

Zur Zeit wird intensiv um die Ausrichtung und das Selbstverständnis der Sozialforen in Deutschland gerungen. Sollen Sozialforen auch eigene Beschlüsse fassen oder ausschließlich als "offene Räume" organisiert werden? Manche VertreterInnen der Initiativkreise sehen die Chance, über Attac und das linke gesellschaftliche Umfeld hinaus Jugendnetzwerke und die Sozialbewegungen der Kirchen als UnterstützerInnen der Sozialforen zu gewinnen.

So haben u.a. YOIS (www.yois.de und www.srzg.de, vorgeschlagen als JugendvertreterIn für den deutschen Nachhaltigkeitsrat) und das Kolpingwerk Deutschland Interesse signalisiert, wenn Sozialforen tatsächlich als "offene Räume" konzipiert und gewährleistet werden. Sollte dies gelingen, wäre erstmals in Deutschland ein gemeinsames Dach der linken und der bürgerlichen Sozialbewegungen geschaffen. Mit der Konzeption als "offene Räume" würde auch deutlich die Chance wachsen, dass Themen wie Geld- und Bodenreform eine gleichberechtigte Chance zur Diskussion finden.

Die Etablierung nationaler und regionaler sowie lokaler Sozialforen basiert auf dem Beschluss des Weltsozialforums in Porto Alegre, weltweit kontinentale Sozialforen aufzubauen. 2002 hat das erste europäische Sozialforum in Florenz z.B. als Plattform für die europäische Friedensbewegung gedient, um die zeitgleichen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg abzustimmen.

Das fiel uns auf:

Leichtathletik-WM-Aufgebot der Frauen,
23.-31. August 2003 in Paris
400 Meter Claudia Marx (Berlin)
800 Meter Claudia Gesell (Leverkusen)

aus dem Sportteil der Stuttgarter Zeitung
vom 7. August 2003



Margrit Kennedy

Sozialforen in Deutschland

Ein Aufbruch für eine neue Sozialbewegung liegt in der Luft. Wohl im Frühjahr oder im Herbst 2004 wird es ein erstes bundesweites Sozialforum in Deutschland geben. Die tragenden Kräfte in einem entsprechenden Initiativkreis sprechen bewusst von Sozialforen in Deutschland und nicht von deutschen Sozialforen, um die Offenheit der Foren auch für Nicht-Deutsche klar zu betonen.

Seit Herbst vergangenen Jahres hat es bereits mehrere Vorbereitungstreffen auf Bundesebene gegeben, die insbesondere von Attac Deutschland, den Gewerkschaften, der Friedensbewegung und von ökumenischen Basisgruppen getragen werden.

LAND	DATUM/ ZEIT	ART DER VERANSTALTUNG	TITEL / THEMA	ORT	DETAILS BEI NR.
D	5.-7.09.	Seminar/Tagung	Eine Ökonomie, die dem Leben dient - die Alternative der Sabbatökonomie	CGW Neudietendorf	1)
D	09.09. 17h	Vortrag und Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	2)
D	19.09. 19-21h	Seminar mit Karsten Sinning	Einführung in die Freiwirtschaft	Projektwerkstatt Dresden	4)
D	19.09.	Vortrag von Günter Hannich	Geldcrash, Lösungen, Auswege	Katharinenhospita al Stuttgart	5)
D	20.09. 14-20h	Workshop mit Prof. Dr. Bernd Senf	Grundlegende Wirtschaftstheorien, ihre Fehler und Vorzüge	Witten	6)
D	23.09.	Treffen	Humanwirtschaft	Hamburg	2)
D	24.09.	Vortrag von Günter Hannich	Ist der Geldcrash unausweichlich?	Fachhochschule Kehl	7)
D	28.09.	Vortrag R. Geitmann	Kirche und Geld	Schlitz-Hutzdorf	8)
D	3.-5.10.	Vortrag Arbeitsgruppe Podiumsdiskussion	Gerechtigkeit oder Zerstörung in einer globalisierten Wirtschaft	Evang. Akademie Bad Segeberg	9)
D	3.-5.10.	Bundestreffen	TalenteTransfer - zeitgemäss - grenzenlos	Bad Aibling	10)
D	10.10. 16.30h	Vortrag von Dr. Roland Geitmann	Abendvortrag	Gmünden	11)
D	11.10. 10-13h	Vortrag von Frank Bohner	Arbeitsplatzvernichtung und Umwelt-zerstörung: Die gleichen Ursachen?	Volkshochschule Lindau	12)
D	11.10.	Seminar	Menschenrechte und Globalisierung	Bad Boll	13)
D	14.10. 17h	Vortrag und Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	2)
D	17.-18. 10.	Seminar mit Prof. Dr. Margrit Kennedy	Regionalgeld - Möglichkeiten zur Belebung der regionalen Wirtschaft	Bremen	14)
D	22.10.	Vortrag von Margrit Kennedy	Komplementäre Währung	Hannover	15)
D	23.-26. 10.	Kongress	Neues Miteinander	Reit im Winkl	16)
D	25.-26. 10.	Seminar	34. Mündener Gespräche: Die Reform der Bodenordnung	Bovenden bei Göttingen	17)
D	30.10. 19.30h	Vortrag von Dr. Roland Geitmann	Sparen mit Gewinn - auf wessen Kosten?	Singen	18)

D	6.-9.11.	Kongress	Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln	Congress Centrum Würzburg	19)
D	7.-9.11.	Einsteigerseminar	Das Ende der Zinswirtschaft Grundlagen und Perspektiven	Silvio-Gesell-Tg. Wuppertal	20)
CH	18.09. 19h	Treffen	INWO-Treff	Karl der Grosse Zürich	21)
CH	19.09. ab 17h	Treffen Handwerksmarkt	TALENT-Treff	Davids-Eck Basel	23)
CH	17.09.	Treffen	INWO-Treff	Rest. Vatter Bern	22)
CH	19.-21. 09	Schweizerisches Sozialforum	Bitte beachten Sie unsere ausführlichen Infos auf den CH-Seiten	Fribourg	CH-Seiten
CH	30.09. 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Baizli Basel	23)
CH	02.10. 19-22h	Treffen	TALENT-Treff	Kraftwerk 1 Zürich	24)
CH	15.10.	Treffen	INWO-Treff	Rest. Vatter Bern	22)
CH	16.10. 19h	Treffen	INWO-Treff	Karl der Grosse Zürich	21)
CH	28.10. 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Baizli Basel	23)
CH	02.11. 19-22h	Treffen	TALENT-Treff	Kraftwerk 1 Zürich	24)

1) Tagung: Eine Ökonomie, die dem Leben dient. Themen und Referenten: Die Alternative der Sabbatökonomie (Dr. Franz Segbers), Geld oder Leben (Dietrich Koller), Elemente der gerechten Wirtschaftsordnung (Prof. Dr. Roland Geitmann), Neutrales Geld (Dr. Norbert Olah), Video-Film "Geldlos glücklich - Die Abenteuer der Heidemarie Schwermer" (präsentiert von Christina Erdmenger). Ort: Evangelische Akademie Thüringen, Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf (bei Erfurt). Veranstalter: Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW). Information: Tel. (036202) 984-0. E-Mail: evakhue@t-online.de. Internet: www.cgw.de

2) Vortrag und Diskussion: Jeden 2. Dienstag im Monat. Ort: Katharinenstrasse 14, Essen. Veranstalter: Humanwirtschaft. Information: Wilhelm Schmülling, Tel. (02054) 81642.

4) Seminar: Einführung in die Freiwirtschaft. Referent: Karsten Sinning. Ort: Projektwerkstatt, Spenerstrasse 21, 01309 Dresden. Veranstalter: AG NWO. Information und Anmeldung: Karsten Sinning, Tel. (0351) 440 33 18, E-Mail: zumkarsten@gmx.de

5) Vortrag: Geldcrash, Lösungen, Auswege. Referent: Günther Hannich. Ort: Katharinenhospital, Hörsaal im Gebäude 5 (Innere Medizin), Kriegsbergstrasse 60, 70176 Stuttgart.

6) Workshop: Grundlegende Wirtschaftstheorien, ihre Fehler und Vorzüge. Während im Zuge der Globalisierung immer mehr Lebensbereiche den wirtschaftlichen Sachzwängen unterworfen werden, ist das Bewusstsein für die blinden Flecken der Ökonomie bisher wenig entwickelt. Dabei beeinflussen Wirtschaftstheorien die gesellschaftliche Entwicklung viel stärker, als allgemein angenommen wird, und sie haben bei der Lösung von Krisen schon mehrmals versagt. Vom blinden Glauben an den Neoliberalismus gehen heute erneut Gefahren aus, die es rechtzeitig zu erkennen gilt, bevor die Entwicklung zu neuen Katastrophen führt. Dieser Workshop dient der Verinnerlichung und auch Klarwerdung über das Funktionieren und auch dem System an sich in den verschiedenen Ökonomien. Referent: Prof. Dr. Bernd Senf, Wirtschaftswissenschaftler und Volksökonom. Ort: Witten. Vorbereitung: Empfohlene Lektüre: "Die blinden Flecken der Ökonomie - Wirtschaftstheorien in der Krise", DTV ISBN 3-423-36240-5.

Information: Rüdiger Heescher, Hauptstrasse 68, 58452 Witten, Tel. 02302/401427, Fax/Voice: 01212/510542029. Leo Wonneberger, E-Mail: leowon@gmx.de

7) Vortrag: Ist der Geldcrash unausweichlich? Referent: Günter Hannich. Ort: Fachhochschule Kehl (Hochschule für öffentliche Verwaltung), Kinzigallee 1, 77694 Kehl. Information: Tel. (07851) 894159.

8) Vortrag: Kirche und Geld. Referent: Prof. Dr. Roland Geitmann. Ort: Schlitz-Hutzdorf. Information: Ev. Pfr. Jürgen Füg, E-Mail: jfueg@aol.com

9) Vortrag (3. Oktober), Arbeitsgruppe (4. Oktober), Podiumsdiskussion (5. Oktober): Gerechtigkeit oder Zerstörung in einer globalisierten Weltwirtschaft. Referent: Prof. Dr. Roland Geitmann. Ort: Evangelische Akademie Bad Segeberg. Information: Evangelische Akademie Nordelbien Hamburg, E-Mail: jhufeland@akademie-nordelbien.de

10) Tauschring-Bundestreffen: TalenteTransfer -

zeitgemäss - grenzenlos. Themen und Referenten: Qualitätssicherung im Tauschring, Kleingewerbe im Tauschring, Überregionaler Transfer, Vom Ringtransfer zur regionalen Währung - eine Antwort auf die Globalisierung? (Prof. Dr. Margrit Kennedy), Tauschringe statt globalisierter Marktwirtschaft (Bernhard Thomas, INWO), LETS and the open money project (Michael Linton). Ort: Bad Aibling. Information: www.tauschringe.info. Anmeldung: Rainer Viereg, Lagerhausstrasse 6, 83043 Bad Aibling. Tel. (08061) 7215, Fax. (01212) 552 071053, vierix@t-online.de. Sylvia Gasteiger Tel. (08067) 909 870, tr-bt_3.Okt.2003@web.de

men, Projekten, Initiativen. Ort: Reit im Winkl (Chiemgau). Themenschwerpunkte: 23.10.: Bewusstseinsentwicklung und ganzheitliche Gesundheitspflege. 24.10.: Regionale Energiequellen. 25.10.: Kommunal- und Regional-Politik, nachhaltige Kreislauf-Marktwirtschaft. 26.10.: Zusammenfassung der Ergebnisse, gemeinsame Projekte. Informationen und Anmeldung: Complementum, Bernhard Wallner, Auhof 1, 84098 Hohenthann, Tel: 08784-9603-32, Fax : 08784-9603-33, Email: neuesmiteinander@t-online.de, Internet: www.neuesmiteinander.de

und Leiter des Wirtschaftsressorts der "Zeit"), Balance von Sein und Haben in der Führung (Pia Gyger, Zenmeisterin, Lasalle-Institut, Mark Saxer, Managementberater für Kulturwandel), Projekte der Hoffnung (Jakob von Uexküll, Gründer des "Alternativen Nobelpreises"). Ort: Congress Centrum Würzburg. Themen und Referenten (Dialogseminare, Workshops, Symposien): Von der Freiwirtschaft zur "fairconomy" (Klaus Popp), Ökonomie ohne Kollaps (Helmut Creutz). Ort: Schanzenweg 86, 42111 Wuppertal-Nevelges. Veranstalter: Akademie Heiligenfeld in Kooperation mit Lasalle-Institut und Spiritual Venture Network. Information und Anmeldung: INWO Geschäftsstelle, Klaus Popp, Blasiusstrasse 63, 40221 Düsseldorf. Tel. (0211) 304 105, E-Mail: klaus.popp@inwo.de

- 11)** Vortrag: Abendvortrag. Referent: Prof. Dr. Roland Geitmann. Ort: Gmünden. Information: Ellen Kindling, W.-Zwiebelberg-Strasse 7, 55490 Gmünden.
- 12)** Vortrag: Haben Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung die gleichen Ursachen? Referent: Frank Bohner. Ort: Seminarraum der Volkshochschule, Uferweg 7, Lindau. Information: VHS Lindau.
- 13)** Tagung: Die Menschenrechte als Grundlage der Gesamtordnung, nicht nur als Freiheit von Staat und Bürokratie. Ort: Bad Boll. Veranstalter: Seminar für freiheitliche Ordnung sffo der Kultur, des Staates und der Wirtschaft e.V., Badstrasse 35, 73087 Bad Boll.
- 14)** Seminar: Regionalgeld. Möglichkeiten zur Belebung der regionalen Wirtschaft. Themen und Referenten: Ein Weg aus der Wirtschaftskrise durch regionale Zweitwährungen (Margrit Kennedy), Warum brauchen wir Regio-Geld?, Praktische Erfahrungen aus zwei Jahren ROLAND-Gutschein-System, Elektronisches Verrechnungssystem für Regio-Geld, Rechtliche Grundlagen von Regio-Währungen (Kurt Beta, Manfred Dzu-biella, Dietlind Rinke, Manfred Steinbach). Ort: Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstrasse 34, 28195 Bremen. Information und Anmeldung: ROLAND-Regional, Verein für nachhaltiges Wirtschaften e.V., Weissenburgerstrasse 29, 28211 Bremen, Tel. 0421-4915209, Email: Info@roland-regional.de
- 15)** Vortrag: Komplementäre Währung (im Rahmen der Tagung "Kunst und globale Geldwirtschaft"). Referentin: Margrit Kennedy. Ort und Veranstalter: Zentrum für Erwachsenenbildung Stephansstift, Kirchroder Strasse 44, 30625 Hannover. Information und Anmeldung: Pfarrer Jürgen Schmidt, Tel. (0511) 53 53-311, Fax: (0511) 53 53-596, E-Mail: info@zeb.stephansstift.de, Internet: www.zeb.stephansstift.de
- 16)** Kongress: Neues Miteinander. Vom Denken zum Reden, vom Reden zum Handeln Beispiele, Vorbilder und Wege gelebter Eigenverantwortung, Subsidiarität und Solidarität in Gemeinden, Gemeinschaften, Unterneh-

- 17)** Seminar: 34. Mündener Gespräche: Die Reform der Bodenordnung - Ziele und Wege. Themen und Referenten: Die Grundsteuer - Perspektiven zu ihrer Reform (Prof. Dr. iur. Dieterich, Langenballig), Grundsteuer und Realloptionsansatz (Prof. Dr. D. Löhr, Sozialwissenschaftliche Gesellschaft), Das Erbbaurecht als dezentrales Instrument einer Reform der Bodenordnung (Jobst von Heynitz, Seminar für Freiheitliche Ordnung, Bad Boll), Handelbare Flächennutzungsrechte (M. Schmalholz, Future-Camp GmbH, München), Diskussionsforum I: Der Boden - ein Kapitalgut? (Fritz Andres), Diskussionsforum II: Grundsteuer - Flächennutzungssteuer - Versiegelungsabgabe (Prof. Dr. Dieterich), Diskussionsforum III: Defizite des geltenden Bodenrechts (M. Schmalholz), Von der Ökosteuer zur Ökoulage: Moderne Anwendungsbereiche bodenreformerischer Gedanken (Fritz Andres). Ort: Heimvolkshochschule Mariaspring, Bovenden bei Göttingen. Information und Anmeldung: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e.V. Postfach 1550, 37145 Northeim. Telefon (05503) 805 389. Telefax (05503) 805 394. E-Mail: sg.lindner@t-online.de
- 18)** Vortrag: Sparen mit Gewinn - auf wessen Kosten? Referent: Prof. Dr. Roland Geitmann. Ort: Singen. Information: Walter Hofmann, Tel. (0171) 34 34 400.
- 19)** Kongress: Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln. Themen und Referenten (Hauptvorträge): Neue Werte und Visionen in Wirtschaft und Gesellschaft (Prof. Ervin Laszlo, Mitbegründer des Club of Rome, Präsident des Club of Budapest), Spiritualität als Lebensqualität (Willigis Jäger, Gründer und langjähriger Leiter des Meditationshauses St. Benedikt, Würzburg), Lässt sich Politik und Spiritualität miteinander verbinden? (Verena Diener, Gesundheitsministerin des Kantons Zürich), Spirituelle Perspektiven für wirtschaftliches Handeln (Dr. Joachim Galuska, Ärztlicher Direktor der Heiligenfeld Kliniken), Leitbildorientierte Unternehmensführung (Wolfgang Gutbelet, Inhaber der Firma tegut), Geld und Spiritualität (Dr. Gerald Grise, Generaldirektor Verwaltung der Europäischen Zentralbank), Die Mediengesellschaft - Eine Antwort an die Verantwortungslosen (Roger de Weck, ehemaliger Chefredaktor

- 20)** Seminar: Das Ende der Zinswirtschaft. Grundlagen und Perspektiven einer zukunftsweisenden Wirtschaftsordnung. Themen und Referenten: Die Grundsteuer - Perspektiven zu ihrer Reform (Prof. Dr. iur. Dieterich, Langenballig), Grundsteuer und Realloptionsansatz (Prof. Dr. D. Löhr, Sozialwissenschaftliche Gesellschaft), Das Erbbaurecht als dezentrales Instrument einer Reform der Bodenordnung (Jobst von Heynitz, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll), Handelbare Flächennutzungsrechte (M. Schmalholz, Future-Camp GmbH, München), Diskussionsforum I: Der Boden - ein Kapitalgut? (Fritz Andres), Diskussionsforum II: Grundsteuer - Flächennutzungssteuer - Versiegelungsabgabe (Prof. Dr. Dieterich), Diskussionsforum III: Defizite des geltenden Bodenrechts (M. Schmalholz), Von der Ökosteuer zur Ökoulage: Moderne Anwendungsbereiche bodenreformerischer Gedanken (Fritz Andres). Ort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal. Information und Anmeldung: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e.V., Postfach 1550, 37145 Northeim, Tel: (05503) 805 389, Fax: (05503) 805 394, E-Mail: sg.lindner@t-online.de
- 21)** INWO-Treff Zürich: Jeden dritten Donnerstag im Monat. Ort: Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (neben Grossmünster), 3 Min von Tramhaltestelle "Helmhaus" (4 oder 15).
- 22)** INWO-Treff Bern: Jeden dritten Mittwoch im Monat. Ort: Restaurant-Café Vatter, Bärenplatz 2, 3011 Bern.
- 23)** TALENT-Treff Basel: Jeden letzten Dienstag im Monat. Ort: Baizli, Bärenfelsstrasse 36, 4057 Basel. 18.30h Essen, 19.30h Sitzung, 20.30h Grundlagendiskussion. Information: Ursula Dold - Tel. 061 331 89 32. Birgit Wasser Tel. 061 332 02 65, E-Mail: birgit.wasser@mydi-ax.ch
- 24)** TALENT-Treff Zürich: An jedem 2. Tag des Monats. Ort: Kraftwerk 1, Dachterrasse Hau B1, 4. Stock, Hardturmstrasse 261, 8005 Zürich, Haltestelle Bernoullihäuser (Tram 4). Information: Hans Leuenberger, Tel. 01 261 08 78.

Impressum

r-evolution 2. Jahrgang, Nummer 18/2003

Redaktion

INWO Schweiz
Redaktion r-evolution
Marco Lustenberger
Dr. Hans-Peter Studer
Postfach
CH-5001 Aarau
E-Mail: contact@inwo.ch
auch für Abo-Bestellungen Schweiz
PC-30-1771-2

INWO Deutschland
Redaktion r-evolution
Wera Wendnagel (V.i.S.d.P)
Max-Bockstr. 55
D-60320 Frankfurt
E-mail: 069563168-0001@T-Online.de
Abo Deutschland: versand@inwo.de
D-Konto: 604 786-607
Postbank Frankfurt am Main
Blz.: 500 100 60

INWO Österreich
Redaktion r-evolution
Gerhard Margreiter
Staudingergasse 11
1200 Wien
E-Mail: gerhard.margreiter@EUnet.at
Abo Österreich: frat-hifa-inwo@netway.at
Österreichische Postsparkasse, BLZ 600 00
PSK 745 83 01

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.
Für unverlangte Manuskripte etc. wird
keine Haftung übernommen.

Erscheinungsrhythmus:

Nr. 19 Oktober / November
Einsendeschluss 25.09.03

Nr. 19 Dezember / Januar
Einsendeschluss 3.11.03

Auflage

3.000 Exemplare

Erscheinungsweise

6 Ausgaben pro Jahr

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuss GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO International
Sektion Deutschland
INWO e.V.
Max-Bock-Str. 55
60320 Frankfurt/M.

ISSN 1660-1653

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ☐ ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (sFr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gesteungskosten betragen bei der aktuellen Auflagenhöhe sFr 50.-, was als Richtwert für den "Durchschnittsabonnenten" gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufrundungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- ☐ weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- ☐ Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ☐ ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus. Bei Abo-Bestellungen, die nicht zu Beginn des Jahres erfolgen, zahle ich ab dem Bestelldatum Euro 2,50 pro Ausgabe bis Ende des Kalenderjahres.
- ☐ weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- ☐ Ich möchte Mitglied der INWO Österreich werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular.

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Österreich spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ☐ ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus. Bei Abo-Bestellungen, die nicht zu Beginn des Jahres erfolgen, zahle ich ab dem Bestelldatum Euro 2,50 pro Ausgabe bis Ende des Kalenderjahres.
- ☐ weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- ☐ Ich möchte Mitglied der INWO Deutschland werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

Weil es für alle einfacher ist und Bankgebühren spart, erteile ich der INWO hiermit eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann.

Bank

Kto.nr.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

BLZ

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugsjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Deutschland spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit 70
Rappen
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Schweiz
Postfach

5001 Aarau

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,51 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Österreich
Staudingergasse 11

1200 Wien

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Wohnort

Telefon

E-Mail

Bitte mit
0,51 Euro
frankieren

r-evolution / Versand
INWO Deutschland
Sambach 180

96178 Pommersfelden

*Und dann muss man das
WAHRE immer wiederbo-
len, weil auch der Irrtum
um uns immer wieder ge-
predigt wird, und zwar
nicht von einzelnen, son-
dern von der Masse. In
Zeitungen und Enzyklo-
pädien, auf Schulen und
Universitäten, überall ist
der Irrtum obenauf, und
es ist ihm wohl und be-
baglich im Gefühl der Ma-
jorität, die auf seiner
Seite ist.*

Goethe

